

Er scheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 3,50 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
6 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich-
Ungarn 3 Mk., für das übrige
Ausland 3 Mk. 50 Pf. Monat. Einget.
in der Post-Beilage: Preisliste
für 1895 unter Nr. 7128.

Der Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 16. Februar 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Schutz für Binnenschiffer.

Schon gleich nachdem im „Reichs-Anzeiger“ vom 31. Juli 1894 der Entwurf eines Binnenschiffahrts-Gesetzes veröffentlicht worden war, wurden von Seiten unserer Parteigenossen die Abschnitte jenes Entwurfes, die von der Schiffs-mannschaft handeln, in Rede und Schrift sehr ungünstig beurteilt und die schärfste Kritik des Reichstages in Aussicht gestellt, wenn diese Abschnitte nicht geändert werden sollten.

Nun — der Entwurf ist, wie unsere Leser wissen, vor kurzem dem Reichstag zugegangen, aber die Form ist so rudimentär geblieben, wie sie voriges Jahr bei der ersten Veröffentlichung war. Zwei Änderungen — stilistischer Natur sind in Absatz 2 und 4 des § 25 vorgenommen: das sind alle Verbesserungen im Gesetzestext, die festgestellt werden können. Kein jota materieller Schutz mehr, alle Ungeheuerlichkeiten beibehalten! In der „Begründung“ ein paar Erläuterungen, welche besagen, daß die Binnenschiffsmannschaft lediglich den allgemeinen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, nicht den besonderen Schutzvorschriften derselben unterliegen, sowie in Konsequenz davon die Versicherung, daß die Gewerbebehörde für die Streitigkeiten der Schiffsleute mit dem Schiffer zuständig sind, wobei aber die eigentliche Schwierigkeit, die Entschädigung und Nothwendigkeit rascher Austragung solcher Streitigkeiten während der Fahrt, in keiner Weise gelöst wird, die Schiffsleute vielmehr auf das Gewerbegericht des unter Umständen entfernt liegenden Erfüllungsortes, oder auf die miserable Rechtsprechung der Gemeindevorsteher verwiesen wird. Dabei keine Spur im Reichstag von dem Interesse auch des großen Publikums an gesunden Arbeitsverhältnissen auf den Binnenschiffen! Ein Zentrumsabgeordneter, der den Mangel der Sonntagsruhe für das Schiffspersonal flüchtig erwähnt, Genosse Gerisch der einzige Abgeordnete, der den Abschnitt einer systematischen Kritik unterwirft — so sieht das Interesse der Besiegten auch an diesem Theile der Arbeiterfürsorge aus.

Unter diesen Umständen fällt es wiederum der sozialdemokratischen Kritik allein zu, für die bereits begonnenen Verhandlungen der Kommission, in welche der Entwurf verwiesen ist, eine weitere Forderung zu erneuern, die bereits angesichts des vorjährigen Entwurfs, aber ebenfalls vergeblich geäußert wurde: die Forderung einer besonderen Binnenschiffahrts-Inspektion für Deutschland. Hier stehen wir wieder einmal vor einem Punkte, an dem sich das angeblich an der Spitze aller sozialreformatorischen Staaten marschierende Deutschland buhen und schämen muß vor dem Ausland: vor dem

reaktionären Oesterreich, das längst eine spezielle Binnenschiffahrts-Inspektion besitzt.

Seit 1886 im Nebenamt, seit 1889 im Hauptamt fungirt dort ein aus den Gewerbe-Inspektoren hervorgegangener Beamter, der ausschließlich die Binnenschiffahrt, namentlich ihre Arbeitsverhältnisse, zu beaufsichtigen hat. Er steht auch heute noch unter dem österreichischen Zentral-Gewerbe-Inspektor, eine Einrichtung, die im Deutschen Reich ebenso noch ein frommer Wunsch ist, und seine Berichte erscheinen als Anhang des alljährlichen Verichtsbandes jener Beamten ziemlich zeitig nach Jahreschluss. Er inspektirt im Jahre etwa 300 Fahrzeuge mit ca. 1600 Beschäftigten, während die Gesamtsumme des österreichischen Binnenschiffahrts-Personals ca. 15 000 Köpfe betragen mag. Er hat auch die Werfte, Umschlagplätze, Dämen, Schiffsbau-Anstalten, Speicher und Lagerhäuser mit zu kontrolliren. Man sieht, daß er als einziger Beamter die Kontrolle noch entfernt nicht vollständig genug ausüben kann, aber er bedeutet doch einen Anfang. Seine Jahresberichte seit 1886 sind die einzigen amtlichen Quellen deutscher Zunge, die es in Europa über die Arbeitsverhältnisse der Schiffsleute auf Binnengewässern giebt. Sie treffen ja auch von Versicherungen betreffend das Wohlbefinden der österreichischen Binnenschiffahrts-Unternehmer gegen ihre Arbeiter, ganz im Stile des österreichischen Zentral-Gewerbe-Inspektors. Aber man vermag schon, wenn man sie kritisch liest, zu erkennen, was alles auf dem Gebiete der Binnenschiffahrt zu schaffen ist, um für Arbeiter und Publikum menschenwürdige Zustände zu sichern. Ungesunde Schlafräume für die angestrengt arbeitenden Decker, in denen auf den Kopf 2,8 Quadratmeter (!) kamen, Heizräume ohne jede Ventilation, in welchen eine Hitze von 40 Grad Celsius herrschte, elende Aborte, lebensgefährliche Treppen, schlechte Beleuchtung der Schiffszugänge, Verweigerung der Zeugnisse, Lohnverweigerung, gezwungene Entlassung, schlechte Behandlung, lange Arbeitszeiten — das sind Auschnitte aus dem Leben der Schiffs-mannschaft, die vor den Augen des Lesers der österreichischen Berichte vorüberziehen. Und was die Sicherheit des auf Personen-Transportschiffen verkehrenden Publikums anbelangt, so hat der österreichische Inspektor geradezu haarsträubende Mißstände angetroffen, die er durch seine achtjährigen „Rathschläge“ und „Ermahnungen“ freilich noch nicht ganz, aber doch theilweise aus der Welt geschafft hat.

Wenn man dies alles sieht, so faßt man augenblicklich gar nicht, wie so etwas bei uns fehlen kann. Im Deutschen Reich sind dreimal soviel Arbeiter u. s. w. als in Oesterreich bei der Binnenschiffahrt beschäftigt, nämlich circa 50 000 nach den Rechnungsergebnissen der Reichsstatistik, Oesterreich und Elbschiffahrts-Berufsgenossenschaft für 1893. Für Unfallverhütung thuen diese Unternehmerorganisationen

selbstverständlich fast nichts. Eine einzige, die Ostdeutsche, giebt ganze — 169 Mark „für Ueberwachung“ der ihr angehörenden Betriebe aus, die beiden anderen keinen Pfennig. Das ist deutsche Sozialreform für eine unter den schwierigsten Verhältnissen arbeitende Proletarierklasse. Noch hätte die Binnenschiffahrts-Kommission des Reichstages Zeit, unser vielgepriesenes Deutsches Reich mit geschickten Ruderstrichen wenigstens neben Oesterreich zu rangiren, und ebenfalls eine Binnenschiffahrts-Inspektion einzusetzen; wenn das Binnenschiffahrts-Gesetz jetzt ohne diese Reform verabschiedet wird, so vermag der Reichstag die nothwendige Einrichtung bewußtlos auf mindestens ein Jahrzehnt, denn das Gesetz wird ihn sobald nicht wieder beschäftigen. Zum ersten Mal regelt das Reich diesen Gegenstand durch besonderes Gesetz. Es hat es in seiner Hand, wenigstens einige Tropfen mildesten sozialreformatorischen Oeles mit einfließen zu lassen. Nach dem neuesten Bericht (für 1893) des österreichischen Inspektors haben sich „mehrere Wasserbauorgane Deutschlands, denen die Binnenschiffahrt in gewerbepolizeilicher Richtung untersteht“, an ihn „wegen Dienstinstruktionen für das Schiffspersonal... über die Art und den Umfang der Schiffsinspektion in gewerblicher Richtung“ gewandt. So viel hat also der Hinweis von Seiten unserer Partei, der sofort an das Erscheinen des Entwurfs im Sommer 1893 geknüpft wurde, gewirkt, und die Behörden sind jetzt unterrichtet. Versagt der Reichstag auch hier — nun gut, dann ist ein neues Lied in den morschen Körper des Staatschiffes gebohrt, denn es wird ein neues Mittel zur Aufrüstung des Schiffvolkes geliefert.

Politische Uebersicht.

Berlin, 15. Februar.

Aus dem Reichstag. Die Bimetallisten haben einen Erfolg zu verzeichnen. Ein von ihrer Seite ausgehender Antrag, die Regierung zu ersuchen, eine internationale Konferenz zur Prüfung der Währungsfrage einzuberufen, hat 210 Unterschriften, also die Majorität der Abgeordneten gefunden.

Ob die Währungsfrage selbst mit diesem Erfolge einen Schritt weiter vorwärts gemacht hat, das bleibt eine andere Frage. An internationalen Währungskonferenzen hat es auch bisher schon nicht gefehlt, aber herausgekommen ist dabei bisher ebenso wenig, als dies bei der heutigen Debatte im Reichstage der Fall war. Das Thema ist erschöpft und neues läßt sich darüber nicht mehr sagen. Es sind Interessen, nicht Prinzipien, welche da gegen einander kämpfen.

Die Agrarier wünschen eine Münzverschlechterung, was für sie gleichbedeutend wäre mit einer Preissteigerung ihrer Güter und der auf denselben erzeugten Produkte. Die Handelswelt und die Mehrzahl der Großindustrie, welche

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Skizzen aus dem indamerikanischen Hinterlande.

Ein Blatt
indamerikanischer Geschichte.

Zudessen fuhr der neue Präsident ruhig fort, das Land in der begonnenen Weise zu regieren und die wenigen Hülfsquellen desselben zu seinem und seiner Freunde Wohl nach seinen besten Kräften auszunutzen. Es gab nun noch einige Leute alten Schlages, die eine geordnete Verwaltung aus der Zeit der Tyrannen gewöhnt waren, und die Art, wie man wirtschaftete, nicht guthießen. Für diese aus einem ehelichen und für die andere aus einem unehelichen Grunde wurde so der Name Nivarola allgemach zu einer Art politischem Schiboleth, und der kleine Ort Barrero Grande zu einem Mekka, wohin alle Mißvergünstigten und Unzufriedenen hinpilgerten. Nur Caballero blieb diesem Orte fern.

„Er will sich nicht bloßstellen“, sagten die Politiker in den Kaffeehäusern, „aber Ihr werdet sehen, daß der General eines Tages dieser unhaltbaren Regierung den Todesstoß versetzen wird.“

Die einzige Person, die den General begriff, war unser Apotheker. Guanes, der viel zu schlau war, als daß er für seine Pläne eine so hervorragende Person, wie es Caballero, außer Acht hätte lassen sollen, hielt die Zeit für gekommen, demselben seine Rolle anzuweisen und deshalb ließ er den General eines schönen Tages zu sich bitten. Es war gerade nach der Siefta, die derselbe bei Frau Concepcion zugebracht hatte, als er bei dem Apotheker eintrat.

„Gruß mich doch, General“, empfing ihn dieser, „daß Ihr mir endlich auch einmal die Ehre gebt... habt Euch

schon unendliche Zeiten nicht mehr bei mir sehen lassen... seid stolz geworden in letzter Zeit... man muß Euch extra herbitten lassen, wenn man Euch sehen will...“

„Nichts für ungut, Don Pancho“, erwiderte der General, „gute Freunde, wie Ihr einer seid, muß man nicht so häufig besuchen, desto heißer erhält sich die Freundschaft.“

„Kommt näher, General; ich sehe nicht ein, warum wir unsere Freundschaft nicht noch heißer werden lassen sollen, als sie schon ist... habe derenthalb ein paar Flaschen Champagner kalt stellen lassen... macht ein ganz erträgliches Eis, dieser Italiener da, unser Nachbar... empfing heute gerade eine hübsche kleine Faltur echt französischen Champagner... um die Finger zu küssen so delikats, sage ich Euch... und in demselben Augenblick, in dem ich sie empfing, erinnerte ich mich, daß mein alter guter Gevatter, der brave General Caballero, auch einen guten Tropfen nicht verschmäht... also eine kleine Weinprobe... werden ganz allein dazu sein... mag solch ein edles Getränk nicht einem beliebigen Gaucho vorziehen, der es kauft wie einen ordinären Zuckerrohr-Schnaps...“

Damit faßte er den General um die Schultern und schob ihn vor sich her in das Hinterzimmer hinein.

„Hat einen guten Geschmack, der General... hat seiner Zeit mancher schönen Flasche den Hals gebrochen... Ihr erinnert Euch doch noch daran, als Madame Lynch bei uns egingte... hab' mein Lebtage immer mehr Glück gehabt bei den Frauen als andere Leute...“

Unter diesem Reden hatte er zwei große Biergläser mit dem kalten Champagner gefüllt und präsentirte eins dem General.

Verdammt seiner Geschmack, wie angenehm prickelnd, nicht wahr, General; wie doch nur... wie der Ruß einer schönen Frau... ganz dasselbe in seiner Art...“

Er ließ sich behaglich in einen Sessel zurückfallen, blinzelte den vor ihm stehenden Beckenpumpen vergnügt über sein Glas an und leerte es dann auf einen Zug.

„Alle Wetter“, schrie er dann den kleinen Zehrburschen an, der eben den Kopf zur Thür hineinsteckte, um ihm irgend etwas auszurichten, „scheer' Dich zur Schwere-noth; ich bin für niemand zu sprechen, jage alle Welt davon... wir wollen hier eine Stunde zusammen vergnügt sein...“

Nach Verlauf einer knappen Stunde hatte man verschiedene Flaschen geleert, und ihr Inhalt seine Wirkung gethan. Der General zeigte einen rothen Kopf und schmauchte vernehmlich; auch wachte er sich alle Augenblicke mit einem Taschentuch über die Stirn. Der Apotheker, der sonst ein nüchternen Mann war, und den kaum jemand einmal bespitz gesehen hatte, schien benommen zu sein, daß er sich knapp auf den Füßen halten konnte. Er fiel dem General verschiedene Male um den Hals und nannte ihn seinen liebsten Freund und einen Allerweltsschmerzmittel.

„Ein ganz verdammter Schwere-noth seid Ihr General; aber was Ihr Euch vorgenommen habt, werdet Ihr doch nicht erreichen... die schöne Concepcion erobert Ihr nicht... sollt mich küßeln auf der Stelle, wo ich hier sitze, wenn Ihr das zu stande bringt...“

„Oho...“ fiel sein Gegenüber ein.

„Redet nicht, Freund, das hat schon mancher versucht... aber jeder umsonst... ein niederträchtig schönes Frauenzimmer mit ihrem reizenden Mal... aber sind saure Trauben, saure Trauben, General... hängen zu hoch... hab' ich's getroffen?... Sch' mit großer Mühe, wie Ihr so eifrig alle Tage hinwandert.“

Der General kränzelte geringschätzig die Lippen: „Nächst es ja wissen, Pancho... glaubt nicht, daß man Euch oder jedem anderen alles auf die Nase hängt... hab' schon andere Frauen gehabt...“

„Nichtig...“ so sagte auch der Fuchs... hilt, über diesen braven General... Concepcion Bedoya ist nicht nur die schönste, sondern auch die tugendhafteste Frau, die je der paraguayische Boden getragen hat... und die laßt Euch aus, mein Verehrter... mögt Ihr immer der General

mit dem Weltverkehr zu thun haben, wollen vollwerthige und feste Baluta. Die Interessen der Arbeiter gehen aber in derselben Richtung. Die Herabdrückung der Kaufkraft des Geldes und die damit bedingte Steigerung der Lebensmittel und Productenpreise würde die Lebenshaltung der Arbeiter verschlechtern, denn die Löhne würden nicht oder doch nur sehr langsam und nach schweren Kämpfen steigen. Für diese dann nothwendigen Lohnkämpfe eröffnet die Umsturzvorlage die denkbar schlechtesten Aussichten.

Die Stellung unserer Partei in dieser Frage ist also ganz klar gegeben. Vertreten wurde unser Standpunkt in ebenso energischer wie geschickter Weise durch den Genossen Schoenlant. Als der Herr Präsident denselben das Wort ertheilte, erscholl auf der rechten Seite das schon oft erwähnte „Wiehern“ und „Grinsen“, durch das diese Ordnungsmänner den „Ton des Hauses“ zu heben wissen, in besonders lauter Weise. Als sie sich ausgedrückt hatten, verließen dann sämmtliche anwesenden Mitglieder der Rechten den Saal, den sie erst wieder betraten, als Schoenlant die Tribüne verließ. Im Hause wurde dieses kindische Gebahren der Junker und Genossen nur belächelt, für die Verhandlungen aber hatte es den Vorzug, daß einmal wenigstens vorübergehend nur Abgeordnete im Saale waren, die die für diesen Ort gebotene Ruhe und Würde zu beobachten wissen.

Von den Reden der gegnerischen Abgeordneten verdienen besonders die sachlichen Ausführungen des Abg. Dr. Barth hervorgehoben zu werden. Herr Barth sprach für den Antrag, wobei er die wunderbare Entdeckung zum besten gab, daß das Schutzollsystem eine Folge der Goldwährung sei. Daß England, das Land der Goldwährung par excellence, keine Spur von Schutzöllen hat, das braucht der Erstgeborene des gewesenen Reichskanzlers natürlich nicht zu wissen.

Für die Regierung verlas der Reichskanzler ein paar Sätze, welche weder kalt noch warm waren, aber die nichts kostende Falsche enthielten, daß die Regierungen sich die Sache überlegen werden. Morgen ist Fortsetzung der Debatte.

Bundesrath. In der am 14. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde zunächst dem verstorbenen königlich sächsischen Bevollmächtigten, Staats- und Finanzminister v. Zühlke ein ehrender Nachruf gewidmet. Nach dem Eintritt in die Tagesordnung wurde den Ausschubträgen zu der Vorlage vom 11. Juni v. J. wegen Abänderung der in der Bekanntmachung vom 6. August 1887 enthaltenen Vorschriften, betreffend den Nachweis der Befähigung als Seeschiffer und Seesteuermann auf deutschen Kausfahrtschiffen die Zustimmung erteilt. Von dem vorgelegten Geschäftsbericht des Reichs-Verkehrsamts für 1894 und von einer Mitteilung, betreffend einen Bericht über die Thätigkeit der Reichs-Etats-Kommission, wurde Kenntniz genommen. Außerdem wurden die Ruhegehälter für mehrere Reichsbeamte festgesetzt und Eingaben vorgelegt.

Im Abgeordnetenhaus stand heute der Etat des Ministeriums des Innern auf der Tagesordnung, und beim Gehalt des Ministers des Innern (Herrn v. Köller) entspann sich wieder eine große Polendebatte, die dann die ganze Sitzung ausfüllte. Der polnische Abgeordnete Jazdzewski gab die Anregung dazu durch eine Beschwerde über das Wirken des Vereins zur Förderung des Deutthums, der sich bestrebe, die Polen politisch und wirtschaftlich zu unterdrücken. Darauf hielt Herr v. Köller eine große Rede, in der er die Beamten verteidigte, die dem erwähnten Verein angehören, da es — wie er pathetisch erklärte — nationale Pflicht jedes Deutschen sei, das Deutthum in den Ostmarken zu fördern. Diese offizielle Stellungnahme der Regierung zur Polenfrage erregte natürlich bei den Polen großes Mißfallen, bei allen „Patrioten“ lebhaften Beifall. — Nächste Sitzung mit der Fortsetzung der Debatte ist Sonnabend Vormittag.

Umsturz und Volksaberglaube. Daß die Umsturzvorlage, so lieb sie dem König Stumm und seinesgleichen sein mag, nicht das eigentliche Ziel des „neuesten Kurses“ ist, das haben wir gleich, als jene Vorlage zuerst auf

Bernardino Caballero und noch zehnmal so schön sein, als Ihr seid ...

„Und wenn ich es beweisen kann ...“
„Nicht so, General ... beweisen ... womit ... mit Beweisen, die noch weniger werth sind, als ein rechtschaffenes Ehrenwort hiezulande ... ha ha ...“

„Und dieses ist nichts ...“ sagte der General jetzt erregt und gekränkt, „aber reinen Mund.“ Damit neigte er ein Stück schmalen, dunkelrothen Zuges aus seiner Tasche und hielt es dem Apotheker vor die Nase. Der griff träge danach und betrachtete es aufmerksam.

„Weiß Gott, General ... seid doch ein tüchtiger Kerl ... hätte es bei meinem Gewissen nicht glauben mögen ... das Strumpfband der schönen Concepcion ... muß wahrhaftig eine schöne Person sein, danach zu urtheilen, soviel ich mich auf derlei Sachen verstehe ... trägt sogar noch ihren Namen ...“ habt Ihr's wohl heute bei der Siesta abgezogen ... verdammt noch einmal ... hätte ganz und garnicht geglaubt, daß auch Frau Concepcion zu den Nothen gehört ... könnt mir das sagen, Mann ... habe eine ganze Kollection paraguayanischer Kuriositäten ... hab' ein ganzes Spiel Karten, mit denen Francia zu spielen pflegte ... fehlt leider nur das Herzgen ... ist aber auch eine Marit, das Strumpfband der Frau Concepcion Gila, geborenen Bedoya, und geschenkt von ihr an unseren berühmten General Caballero ...“

Damit fiel er in den Schaukelstuhl zurück und wiegte sich vergnügt hin und her, den General betrachtend.

„Gebt's her ...“ habt Euch also überzeugt ...“ sagte dieser mißtrauisch.

„Gleich, General,“ antwortete der Apotheker, indem er sich das Strumpfband nachlässig um seinen Finger wickelte, „bin durchaus vollständig überzeugt ... und nehme meine unabgelegten Worte selbstverständlich zurück ... würde ein horrender Skandal werden, wenn das bekannt würde ... glaubt Ihr nicht auch so, General ... wenn das bekannt würde, daß in der Abwesenheit des Herrn Gemahls, der sich so uninteressirt für das Wohl des Vaterlandes opfert, der General Caballero der schönen Frau das Strumpfband abzieht ... ein grandioser Skandal, Gewatter ... könnt aber ruhig sein ... habt in mir einen guten Freund, der so stumm ist wie ein tochter Mann ... könntet mir das andere noch dazu bringen.“

„So giebt nur zum Teufel das lächerliche Ding her ...“ rief halb erobert Caballero.

(Fortsetzung folgt.)

tauchte, des näheren gezeigt und auf die ganz ähnliche Lage im Jahr 1878 hingewiesen, wo dem Sozialistengesetz die famose Wirtschaftspolitik folgte, die dem deutschen Volk Milliarden gekostet hat. Jetzt handelt es sich abermals um einen Beutegzug des agrarischen und industriellen Großkapitals und außerdem um einen gewaltigen Finanz-Verlaß, der dem deutschen Volk appliziert werden soll. Und zwar sind die militärischen Zwecke für den Augenblick den großartigen Flottenplänen hintangeseht worden, für die der deutsche Kaiser das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit in die Waagschale wirft. Diese Pläne bedingen Ausgaben von vielen hundert Millionen. Und in den oberen Regionen herrscht die Meinung, im Falle einer Auflösung des Reichstags werde sich für den Flottenplan, nach welchem Deutschland eine Seemacht ersten Ranges werden soll, leichter eine Majorität im Volk finden, als für die Umsturzvorlage.

Das dürfte ein Irrthum sein. Jedenfalls aber haben wir mit diesem Flottenplan zu rechnen.

Eine neue Erklärung gegen die Umsturzvorlage. In Gotha wird von dem Direktor Dr. Enninghaus, dem Pfarrer Karl Bähr, Landgerichtsrath Nasch und dem Gymnasiallehrer Dr. H. Schmidt eine Petition an den Reichstag gegen die Umsturzvorlage in Umlauf gesetzt. Die Unterzeichneten erklären sich gegen die Vorlage aus folgenden Gründen:

1. weil die zu treffenden strafbaren Handlungen zum theil in sehr dehnbaren Worten bezeichnet sind;
2. weil manche Strafanordnungen als überflüssig erscheinen, da die betreffenden Handlungen schon anderweitig im Strafgesetzbuch vorgesehen sind;
3. weil die Vorlage ohne genügenden Anlaß aus der gegenwärtigen Lage die Strafen häuft, während die Ausschreitungen zweifellos gegen früher nachgelassen haben, und ohnehin das Gefängniß kein Allheilmittel ist;
4. weil, was man auch über etwaige Lücken im Strafgesetzbuch und etwaige Berechtigung zu Strafverschärfungen denken mag, die Einbringung dieser Vorlage als „Umsturzvorlage“ geschäft, weil parteiisch, wirkt; und somit
5. die Vorlage die Gefahr mit sich bringt, nur gegen gewisse Klassen von Staatsbürgern angewandt zu werden, und so den Klassen Gegensatz verschärfen wird, während es die bringende soziale Aufgabe ist, ihn zu mindern;
6. weil sie nicht bloß die verwerflichen Ausschreitungen politischer Agitation, sondern auch das berechtigte in ihr trifft;
7. weil sie die von den unteren Klassen ausgehende Kritik unserer Zustände und Sitten hindert, dagegen die Sünden der höheren Klassen scheidet;
8. weil sie somit den schon sich anbahnenden Prozeß innerer Annäherung der Parteien vernichtet, dagegen die Gefahr revolutionärer Währung, ja anarchistischen Treibens vermehrt;
9. weil sie auch die Freiheit der Wissenschaft und der Kunst bedroht und die Freiheit der öffentlichen Diskussion überhaupt in einer weit über das Maß des Nothwendigen hinausgehenden Weise beschränkt;
10. weil weitere Strafbestimmungen zum Schutz von Religion, Monarchie, Familie, Ehe, Eigenthum unnöthig erscheinen, solche vielmehr jedem den Antrieb nehmen, selber für die bedrohten Ordnungen einzutreten;
11. weil wir insbesondere für die Religion im Interesse der Religion selbst keinen weiteren polizeilichen Schutz wünschen und durch die Einbringung des § 168 des Straf-Gesetzbuchs unter die Strafbestimmung gegen das „als erlaubt“ Vorstellen von Vergehen nur den Nachtheil, den unsere protestantische Kirche gegenüber der katholischen ohnehin schon durch diesen § 168 erleidet, ungemessen vergrößert sehen.

Die Unterzeichner erklären deshalb weiter, daß sie mit dieser Vorlage nur die Gefahr für die Freiheit wie für die Ordnung wachsen sehen, während die Abstellung von Mißbräuchen und veralteten Schäden zurückgehalten würde. Die Eingabe schließt:

„Wir aber glauben, daß eine gerechtere Vertheilung der Staatslasten, die aufrichtige Anerkennung der Gleichberechtigung aller Stände, und, um ein besonders zu nennen, die durchgreifende Aenderung der Militärgerichtsbarkeit, unendlich fruchtbringender wirken würden, als alle neuen Straßparagrafen. Aus allen diesen Erwägungen bitten wir den hohen Reichstag, die Umsturzvorlage abzulehnen.“

Wilhelm Jensen gegen die Umsturzvorlage. In der „Saale-Itz.“ veröffentlicht der bekannte Dichter einen Protest gegen die Umsturzvorlage, dem wir folgende beachtenswerthe Ausführungen entnehmen:

Stoßes Unglaubliches bereitet sich vor im deutschen Land. Es scheint nur ein frahenhaft verzerrender Spukraum sein zu können, und doch ist es Wirklichkeit. Wir träumen nicht toll, wir sehen und hören wachend die Verblendung handeln. Mit grinsenden Zähnen lachend, betreibt sie ein Würfelspiel um die Zukunft unseres Volkes. Diesem ein Zeichenband zu wirken, arbeitet sie am Weckruf ...

Die Freiheit des Wortes soll erstickt, die Freiheit der Wissenschaft gelähmt werden. Das ist der „Umsturzvorlage“ geheime Absicht und eigentlicher Inhalt. Aus Deutschland soll ein Spanien Philipps des Zweiten gemacht werden. Ein Alba ist entstanden, den wir nicht zu solcher Rolle fähig gehalten hätten.

Wie konnte es bei uns dahin kommen, daß dieser Plan zu einer Ausführungsmöglichkeit gelangte?

Laßt das Witzeln und Spotten darüber, die Ironie und Satire! Sie sind keine Waffen mehr im Kampf auf Tod und Leben. Man laßt nicht wehen, wenn die Flamme aus dem Dach schlägt; wer nicht stumpsinnig zusieht, regt den Arm, die Feuersbrunst mit bewältigen zu helfen, eh' sie das Haus rettungslos überlodet und es in Asche zusammenstürzt. Es giebt nur noch eine wirksame Waffe: das gerade Wort, unbarmherzig, jedem laut ins Ohr gerufen, ihn aus träger Schlaflosigkeit wachzurütteln. Der geistige Untergang droht dem deutschen Volke, droht auch Dir und Deinen Kindern, wenn Du stumm die Achsel zuckend dreinblickst!

Unsere „große Zeit“ hat — gleichgültig durch welche Verleugung, denn es ist geschehen — raslos daran gearbeitet, im nachwachsenden Geschlecht die Selbstständigkeit deutschen Geistes zu vertilgen und zu vernichten. Sie hat aus der Jugend das Höchste gestilzt, Begeisterung für ideale Lebensgüter des Gedankens und Gemüths. Sie hat dem unabhängigen Selbstdenkenden die Aussicht auf ein verdientes Fortkommen verschlossen und der willenlosen Fügbarkeit gleichenden Lohn vorgehalten. Sie hat den äußeren Schein und die innere Verirrtheit, die Heuchelei und die Gefährlichkeit, den inneren Sinn, das Streben und das Korpuswesen als „Blüthe der Nation“ großgezogen. Sie hat vom deutschen Herde den Geist geädelt und zum Lebensziel das Trachten nach einem genügsamen körperlichen Dasein gemacht.

Vor den Augen der Welt haben wir es „herrlich weit gebracht“. Aber wahrlich, im Westen, was wir gehabt, sind wir seit dem Jahre 1870 unabsehbar weiter zurückgegangen!

Unter allen, die offiziell zur Rettung des Reiches berufen sind, suchen wir umsonst nach einem, der den Mund zu rückhaltlosem Wort öffnet, von wirklicher Erkenntnis des Drohenden und einfachen, großem, nichts anderes achtenden Trieb erfüllt, als unserm völligen Niedergange vorzubeugen.

Schadenfroß blickt das Ausland auf unsere innere Selbstentkräftung herüber, nach deren Fortschritt, mit jenem um die Wette, die Sozialdemokratie lechzt. Sie weiß, daß die Scheinbar gegen sie gerichtete „Umsturzvorlage“ ihr am wichtigsten zur Förderung dient, im Begriff steht, ihren stärksten Widerhalt, die Weiskraft in Deutschland zu zerbröckeln. Wenn Pfaffen, Pietisten und Junkern diese zu vernichten gelingt, werden die Sozialdemokraten mit der Heerkraft bald fertig werden. Sie haben Augen, die einzigen, zu erkennen, was mit stehenden Säften ihre Frucht zum Schwellen bringen muß.

Wir haben keine Salier und Stauer mehr, keine Luther und Hutten — doch auch keinen Männermuth mehr?

Die Gefahr ist diesmal näher und ungeheurer! Mit Zunge und Feder reißt die Floden zum Mahngeläut! Jeder Zauberdehthallos Schweigende laßt Mißschuld auf sich!

Ruft einen Sturm wach!

Wenn ihr zureuen sollt, weiß ich nicht. Bei der Reichsregierung wie beim Reichstag würde es nutzlos verhallen. Aber vereinigt euch überall zu gemeinsamen Ruf vor dem Gehör des deutschen Volkes, die ihr, welchen Glaubens immer „Protestanten“ seid! Legt Protest ein gegen die Vergewaltigung eures höchsten Besitzthums, deutscher Geistesfreiheit, durch Rom, Orthodogie und Junkerthum!

Wilhelm Jensen.

Die schlesischen Nationalliberalen und die Umsturzvorlage. Der Vorstand des nationalliberalen Wahlvereins in Breslau und der Provinzialausschuß der nationalliberalen Partei für Schlesien haben einstimmig beschlossen, „den Zentralvorstand der nationalliberalen Partei in Berlin aufzufordern, dahin zu wirken, daß die nationalliberale Partei sich bleibe im Widerspruch gegen den Zentrumsantrag in der Kommission für die Umsturzvorlage, die §§ 168, 167 des Strafgesetzbuchs (Vergehen, welche sich auf die Religion beziehen) unter die Wirkungen des vorgeschlagenen § 111a zu stellen, und bei der zweiten bezw. dritten Lesung über die ganze Vorlage abzulehnen, als sie mit diesem Zusatz anzunehmen.“

Die Herren wollen alles unterdrücken bis auf die Schimpflichkeit auf die katholische Kirche.

Herr v. Stumm wird durch ein Hals- (?) Leiden von dem Besuche des Reichstages abgehalten. Er spricht dafür durch die Presse. Heute veröffentlicht sein Berliner Amtsblatt, die „Post“, ein Manifest an seine Betreuer, das wir unseren Lesern, denen wir in dieser ersten Zeit auch etwas Abwechslung schulden, vollinhaltlich mittheilen:

Berlin, 14. Februar 1895.

Aus fast allen Theilen Deutschlands, selbst aus Oesterreich und der Schweiz gehen mir von den verschiedensten Berufsständen so zahlreiche Zuschriften, Erklärungen zu meinen am 9. Januar und 7. Februar im Reichstage gehaltenen Reden zu, daß es mir, besonders seit meiner Erkrankung, ganz unmöglich geworden ist, dieselben einzeln zu beantworten. Ich bitte deshalb die Herren Absender, meinen Dank in der Form gegenwärtiger Erklärung entgegenzunehmen und versichert sein zu wollen, daß ihre Zustimmung mir ein neuer Sporn sein wird, um auf dem betretenen Wege fortzufahren und die Umsturz-Bestreben unentwegt zu bekämpfen, mögen sie von Anarchisten oder waschechten Sozialdemokraten, von verblendeten evangelischen Geistlichen oder von dänkelhaften Professoren betrieben werden. Die pöbelhaften, zum theil an Fälschung meiner Worte basirten Angriffe, welche von dieser Gesellschaft in urtheillosen Versammlungen, in der Presse, wie in direkten Rundgebungen gegen mich geschleudert werden, berühren mich nicht mehr, seitdem die streitbaren Herren es ablehnen, für Beleidigungen mit ihrer Person einzutreten. Ich schäme sogar aus der Maßlosigkeit dieser persönlichen Angriffe mit Genugthuung den Beweis, wie schwer man sich durch meine Enthaltungen getroffen fühlt und wie wenig Sachliches man mir entgegen zu stellen vermag. Der Größenwahn der grauen Theorie hat in diesen Tagen wahrhafte Orgien gefeiert und auch dem Wüdesten die Augen über dieses Treiben öffnen müssen. Möchte man an den maßgebenden Stellen endlich erkennen, daß es vergeblich ist, mit Straßparagrafen gegen den Umsturz vorzugehen, so lange man den pseudo-wissenschaftlichen und pseudo-christlichen Sozialismus ruhig gewähren läßt.

Herr v. Stumm-Halberg.

Der Groeben'sche Brief. Gelegentlich von Betrachtungen über die Veröffentlichung des Groeben'schen Briefes in der „Leipziger Volkszeitung“ läuft eine interessante Aukerinnerung durch die Zeitungen. Man sieht da, auf wie sonderbare Weise mitunter allerlei Briefe und sekrete Aktenstücke in die Öffentlichkeit kommen können. Zehn Jahre und mehr sind es her, daß der damalige Minister des Innern, v. Puttkamer, mit seinem Schnupftuche aus der Rocktasche ein Briefchen zog, das der jetzige Hausminister v. Welzel an ihn geschrieben hatte, und das pikante Mittheilungen über die politischen Antezedentien eines Bürgermeisters enthielt. Es fiel auf den Fußboden, ohne daß man den Verlust bemerkte, wurde dort mit anderen Papieren aufgefunden und an einen Wursthändler als Einwickelpapier verkauft. Der Zufall hatte es dann gefügt, daß der Brief als Emballage wieder in die Hand eines Abgeordneten gerieth, der sich die Futbaten zu seinem frugalen Abendbrot in eigener Person zu erheben pflegte. Herr v. Puttkamer machte ein nicht wenig verblüfftes Gesicht, als im Reichstage der Inhalt eines Schreibens gegen ihn ausgespielt wurde, das er längst vergessen hatte.

Der verhängnisvolle Brief, den die „Leipz. Volkszeitung“ veröffentlicht hat, treibt immer weitere Wellen; so bestätigt jetzt die „Ostpr. Itz.“, daß der Vorsitzende der Provinzialabtheilung Ostpreußen des Bundes der Landwirthe, Herr v. d. Groeben-Krenstein, den Vorfall niedergelegt hat.

Kreuzzeitungs-Logik. Ein Mann, der sich Sozialdemokrat nennt, hat in Westfalen ein Dynamit-Attentat verübt. Dynamit-Attentate sind anarchistische Taktik. Folglich sind alle Sozialdemokraten Anarchisten und Dynamit-Attentäter — also schreibt und schlussfolgert die „Kreuzzeitung“ in ihrem Leitartikel vom gestrigen Abend.

Die Logik ist gut. Machen wir die Probe darauf. Ein Mann, der Jahre lang für eine Herde der Kreuzzeitungspartei galt, stiehlt in Spandau ein Fraß voll Geld. Leute, die Fäßer voll Geld stehlen, sind Spitzbuben und Hallunken. Folglich sind alle Kreuzzeitungsleute Spitzbuben und Hallunken.

Wie Schmidt's Herr von und zu Hammerstein?

Der braunschweigische Landtag genehmigte die Regierungsvorlage betreffend die Fortsetzung der Kalibohrunen und erklärte sich mit den Absichten der Regierung in dieser Frage einverstanden.

Der Lübeck'sche Senat hat die beantragte Einführung einer Lübeck'schen Staatslotterie abgelehnt.

Die Reichslände im Bundesrathe. Im Bundesrathe wurde die Verfassung im Bundesrathe gefordert. Staatssekretär v. Puttkamer erwiderte, die Regierung theile diesen Wunsch, seine Verwirklichung begegne aber großen staatsrechtlichen Schwierigkeiten. Das heißt, am St. Nimmerleinstag werden die Wünsche erfüllt werden. —

Dem Ehrenbürgerrechtsbrief-Ramsch, welchen die sächsischen Blümlen-Patrioten für Bismarck's Geburtstag, den 1. April — den Karrentag, wie die Engländer ihn nennen — geplant haben, wollen sich badische Kunden anschließen; und auch in Bayern werden Ramsch-Liebhaber gesucht. Ob mit Aussicht auf Erfolg? —

Renovirung der Bimetallisten. Der Verein für internationale Doppelwährung hat sich aufgelöst. An seine Stelle tritt ein deutscher Bimetallistenbund, der nächsten Dienstag eine konstituierende Versammlung in Berlin abhalten wird. Geschäftsführer desselben ist der frühere Geschäftsführer des Bundes der Landwirthe, Herr Wschendorf. Es ist eine verstärkte bimetallistische Agitation im Auge genommen. —

Das Spiritusmonopol in Ungarn. Im Abgeordnetenhaus erklärte der Finanzminister Lukacs, das Spiritusmonopol werde frühestens im September 1896, wahrscheinlich aber erst im September 1897 eingeführt werden. —

Der schweizerische Bundesrath hat neuerdings die Ausweisung von fünf in Lugano wohnenden Anarchisten beschlossen. —

Das Proportionalwahlrecht hat unter den Parteien der Stadt Freiburg zur bevorstehenden Gemeinderatswahl zu einer friedlichen Verständigung geführt. Die Parteikomitees einigten sich, eine gemeinsame Liste aufzustellen, wonach die Radikalen im neuen Gemeinderath 4, die Radikalen 2 und die Liberalen 2 Vertreter erhalten. Die Radikalen überlassen einen Sitz den Arbeitern. Früher verliefen die Wahlen in Freiburg sehr heftig, die jetzige proportionale Wahl wird sehr ruhig verlaufen. —

Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist den französischen Bourgeois ebenso verhaßt wie den deutschen; und da, wo jene in den großen Bergwerken und sonstigen Gewerkschaften die gleiche wirtschaftliche Macht haben, wie unser „König Summ“ in seinem Reich, da verfahren sie auch genau ebenso selbstherrlich wie dieser gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und gegen die Arbeiter, welche sich herausnehmen, es benutzen zu wollen. Alle größeren französischen Streiks der neueren Zeit haben die gleiche Ursache: Mißregulierung der Arbeiter, die von dem Koalitionsrecht Gebrauch machen und einer Gewerkschaft angehören. —

Vor einigen Jahren nahm die Gesetzgebung einmal einen Anlauf, um diesem gesetzwidrigen Treiben zu steuern und das Koalitionsrecht der Arbeiter zu schützen. Allein das betreffende Gesetz, das jeden Eingriff der Arbeitgeber in das Koalitionsrecht der Arbeiter mit Gefängnis bestraft, ging auf dem bekannten Weg zwischen Nationalversammlung und Senat verloren — wie die meisten vernünftigen Gesetzesvor schläge. Jetzt haben sich nun die französischen Gewerkschaften zu einem neuen Versuch, für das Koalitionsrecht der Arbeiter zu sorgen, entschlossen und zu diesem Zweck mit der sozialistischen Kammerfraktion in Verbindung gesetzt. Zwischen den Kammerabgeordneten und Gewerkschaftsdelegirten finden jetzt Konferenzen statt, die jedenfalls zu einer Verständigung über die Art des gesetzgeberischen Vorgehens führen werden. —

Doppelwährung in Frankreich. Alle Patrioten, insbesondere die konservativen deutschen Agrarier, sind sehr ungeduldig, wenn die Arbeiter sich zur Verabreichung gemeinsamer Angelegenheiten international zusammenschließen. Aber die Herren Agrarier sind gar nicht blöde in der Anwendung ähnlicher Mittel, wo es in ihren Kram paßt. So sagte die französische Landwirtschaftliche Gesellschaft den Vorschlag, die Regierung auszufordern, mit den Staaten des lateinischen Münzbundes, mit England, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Deutschland zu verhandeln, um dem Silber seine frühere Rolle als internationales Zahlungsmittel wiederzugeben, — und wie der Bericht über die heutige Reichstags-Sitzung beweist, die deutschen Agrarier gegen das Vorgehen ihrer französischen Kollegen nicht das mindeste einzuwenden haben. —

Der italienische Sozialistenkongress in Zürich, welcher am 16. und 17. Februar stattfindet, hat auf seiner Tagesordnung Berichterstatter über die Lage des Bundesverbandes, Organisation und Agitation, Organisation einer Referendatswahl des Vorortes und des letzten Bundeskongresses, sowie des nächsten Kongresses. Eingeladen sind alle Sektionen des italienischen Sozialistenverbandes und alle italienischen Arbeitervereine in der Schweiz. —

Bei den Mailänder Gemeinderaths-Wahlen haben unsere Parteigenossen 4200—4400 Stimmen erhalten, gegen 1800 vor Jahresfrist. —

Dieser Erfolg ist desto bedenklicher, weil unsere Genossen jede Hilfe der Radikalen abgewiesen hatten. —

Zum Panaminofskandal. Giolitti ist, wie der „Lokal-Anzeiger“ in Erfahrung gebracht haben will, entschlossen, sofort nach Empfang der Vorladung nach Rom zurückzukehren und sich dem Gericht zu stellen. —

Die Liebesgaben des Auslandes für die durch die Erdbeben unterstützungsbefürdigen gewordenen Gemeinden sind drei Monate in Rom zurückgehalten worden, und jetzt erst läßt die italienische Regierung Vorkehrungen über die Vertheilung der Spenden einleiten. Crispi ist eben als Gattenvertheiler weniger geliebt wie als Pumper bei der Banca romana. —

Der Absolutismus in Serbien hat vorläufig noch Oberwasser. Gegenüber der Meldung von einer Wiederherstellung der serbischen Verfassung vom Jahre 1888 (die dem serbischen Volk einige verfassungsmäßige Freiheiten gab, aber durch den 18-jährigen „König“ vor kurzem widerrechtlich aufgehoben wurde) wird durch Erkundigungen, welche in untergeordneten serbischen Kreisen eingezogen sind, versichert, die politische Gesamtsituation lasse eine solche Eventualität ausgeschlossen erscheinen. Vor den Stupschinawahlen sei ein eventueller Regierungswechsel sicher nicht zu erwarten. —

Genosse Vasa Belagitsch, ehemals Archimandrit von Banjaluka, wurde, wie die „Woskische Zeitung“ aus Belgrad mittheilt, am 13. Februar verhaftet und durch Gendarmen der Metropole geführt, wo er in Anwesenheit der Geistlichkeit durch den Metropolit Michael der priesterlichen Würde entkleidet wurde. —

Zu Samoa scheint es wieder recht unruhig zuzugehen. Hieraus erklärt sich wohl auch die Reiter-Meldung aus Wellington vom gestrigen Tage, wonach die Regierung von Neu-Seeland (Australien) die Ausfuhr von Waffen und Munition nach Samoa verboten hat. —

Zum japanisch-chinesischen Krieg liegen heute die folgenden Meldungen vor:

Der japanische Gesandte erhielt in Washington ein Telegramm aus Tokio, in welchem bekannt gegeben wird, daß die Bedingungen, unter denen Admiral Ding sich ergeben wollte, angenommen worden seien.

Außerdem berichtet man aus dem himmlischen „Reich der Mitte“ und des Japans, daß der Kaiser von China den in Un-

gnade gefallenen Sühnungsgang in alle seine Ehren wieder eingesetzt, ihm die gelbe Jacke und die Pfauenfeder zurückgegeben und ihm aufgetragen habe, sich schleunigst nach Japan zu begeben, um die Friedensverhandlungen zu führen. Sühnungsgang wird sich zuerst nach Peking zur Audienz begeben.

Die „gelbe Jacke“ und die „Pfauenfeder“ sind Rang- und Standsabzeichen im chinesischen Mandarinenthum. — ähnlich wie in unserem deutschen Mandarinenthum die verschiedenen Orden erster bis vierter Klasse, mit oder ohne Eichenlaub und Schwerter, am Ring, am Band zu tragen. —

Parlamentarisches.

Die Umwandlungskommission hat heute bei ihrem Zusammentritt einen Antrag der Zentrums-Abgeordneten vor, welcher an Stelle der von der Regierung in Voranschlag gebrachten Absätze II und III in § 112 des Straf-Gesetz-Buches treten soll. Der neue Antrag hat folgenden Wortlaut:

Die Absätze 2 und 3 des § 112 der Vorlage wie folgt zu fassen:

Wer in der Absicht, die militärische Zucht und Ordnung zu untergraben, durch Wort, Schrift, Druck oder Bild gegen einen Angehörigen des aktiven Heeres oder der aktiven Marine das Heer oder die Marine oder Einrichtungen derselben verächtlich macht oder zur Verleumdung der auf die Verwendung der bewaffneten Macht im Frieden oder Krieg sich beziehenden militärischen Dienstpflichten anfordert oder anreizt, wird, soweit nicht das Gesetz eine andere Strafe androht, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

Später wurden von den Antragstellern die Worte in der Vorlesung und letzten Zeile: „soweit“ bis „andere“ zurückgezogen. Von dem Abg. Ennecerus wird im Laufe der Diskussion das Amendement zu dem Zentrumsantrag eingebracht, in der ersten Zeile an Stelle der Worte: „Wer in der Absicht“ zu setzen: „Wer es unternimmt“.

Der von den konservativen Abgg. Normann u. Gen. in einer früheren Sitzung gestellte Antrag wurde heute zu Beginn der Sitzung von dem Abg. v. Hammerstein zurückgezogen.

Der Zentrumsantrag begründete der Abg. Spahn. Derselbe wiederholte, daß die Regierungsfassung ihrer Dehnbarkeit wegen für das Zentrum unannehmbar sei. Das Zentrum habe sich bestrebt, klar auszusprechen, was durch den Paragraphen getroffen werden solle. Wedner glaubt, daß es seinen Freunden und ihm gelungen sei, die berechtigten Forderungen der Regierung zu erfüllen, ohne durch Rauschul-Paragraphen die allgemeine Freiheit zu gefährden.

Herr v. Hammerstein spricht sich bedingt und Dr. Vartb unbedingt gegen den Zentrumsantrag aus.

Generaladjunkt Settenbach gibt wieder einmal eine Erklärung über die Tragweite der Vorlage und speziell des § 112. Der Herr Generaladjunkt bestritt, daß es der Zweck des Entwurfs sei, alle sozialdemokratischen Bestrebungen zu unterdrücken. Diese Absicht bestrebe nicht, sondern es solle durch den § 112 nur die auf die Untergrabung der Disziplin im Heere gerichteten Bestrebungen getroffen werden. Der Herr Regierungsvertreter kritisiert den Antrag des Zentrums und wendet sich speziell gegen das Verlangen, daß die „Absicht“ festgestellt werden soll, das verfolgte Verbrechen zu begehen.

Obel konstatiert, daß die heutigen Erklärungen des Regierungsvertreter, im direkten Widerspruch zu den früheren Erklärungen derselben Herren und speziell des Herrn Generaladjunkts von Spich stehen. In den fünf Sitzungen, in welchen sich die Kommission mit dem § 112 beschäftigt, haben wir in jeder Sitzung anders lautende Erklärungen der Regierungsvertreter gehört. In der Praxis der Rechtsprechung wird man sich um diese Erklärungen der Herren Regierungsvertreter freilich nicht kümmern. Dort genügt es, wenn die sozialdemokratische Gesinnung festgestellt ist, die böse Absicht wird dann von selbst untergelegt. Wedner glaubt, daß der Zentrumsantrag keine Verbesserung der Vorlage, sondern eher eine Verschlechterung sei.

Generaladjunkt von Spich bemerkt, seinen früheren Äußerungen über die Sozialdemokratie eine mildere Färbung zu geben. Hinten in der Vertheilung den Antrag seiner Partei.

Von den Konservativen — Hammerstein und Genossen — ist mittlerweile ein neuer Antrag eingebracht, in dem der Versuch gemacht ist, das wesentliche des konservativen und des neuen Zentrumsantrages in einen neuen Paragraphen zu vereinen.

Herr v. Hammerstein spricht für den neuen Paragraphen. Wedner kommt auf die Kritiken der Presse gegenüber den sogenannten Todesmärschen zu sprechen und wünscht er, daß diese heftigsten Urtheile in Zukunft bestraft werden. An die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission stellt Wedner die Frage, ob es nicht zum Nutzen der Sozialdemokratie gehöre, die Mordanschläge im Heere zu untergraben?

Prohne (Soz.) konstatiert ebenfalls den Widerspruch in den Erklärungen der Regierungsvertreter und weist besonders darauf hin, daß man in früheren Sitzungen auch die Bohnenkämpfe unter die unberechtigten Bestrebungen gerechnet hat.

Generaladjunkt v. Spich will lezteres nicht zugeben und meint, darüber zu entscheiden, was an der Sozialdemokratie berechtigt oder unberechtigt ist, das sei nicht Sache der Militärverwaltung, sondern der Gerichte.

Ennecerus (nat.) kann mit seinen Freunden sich mit dem Zentrumsantrag nicht befassen; derselbe erfülle die Forderung der Regierung nur sehr unvollkommen.

Obel kritisiert den sogenannten Referendatsantrags-Geist, der sich bei uns immer mehr einnistet und auch in den Gerichten schon theilweise seinen Einzug gehalten hat. Die Frage, ob die Sozialdemokratie die Mannszucht in der Armee untergraben wolle, weist Wedner damit zurück, daß er erklärt, es falle solches keinem Sozialdemokraten ein.

v. Buchka (kons.) erklärt, daß er event. für die Zentrumsanträge, in erster Linie aber für die Regierungsvorlage und für die konservativen Anträge stimmen werde.

Muer (Soz.) fragt, ob der Paragraph auch auf die Unlauter Anwendung finden werde. Weiter meint Wedner, der Abgeordnete Ennecerus, dessen Rede einen sehr geistreichen Eindruck gemacht habe, sei wohl deshalb so verstimmt, weil das Zentrum, in seinem Bestreben Regierungspartei zu werden, durch seine Anträge die Nationalliberalen um einige Rafenlängen geschlagen habe. Uebrigens giebt Wedner seiner Verwunderung Ausdruck, warum das neue Kartell sich mit dem vergesslichen Bemühen aequale, ein neues Sozialistengesetz zu schaffen, ohne demselben von Haus aus den einzig richtigen Namen und Inhalt zu geben. Warum haben die Herren nicht den Muth, das, was sie doch wollen, auch offen auszusprechen? Wedner konstatiert dann die Unzuverlässigkeit des zur Begründung der Vorlage vorgelegten Materials. Zur Begründung des in Frage stehenden Paragraphen berufe man sich auf angebliche Äußerungen des Genossen Hoch in Frankfurt a. M., welche dieser in einer Versammlung in Ansbach gethan haben soll. Nun ergebe sich aber aus einem Vergleich der gedruckt vorliegenden Auszüge aus der Anklageschrift, welche der Oberstaatsanwalt in Frankfurt geliefert habe, und der Original-Anklageschrift, daß die Auszüge durchaus nicht loyal gemacht seien. Zunächst werden allgemeine Raisonnements der Anklageschrift im Auszug als Äußerungen Hoch's in Ansbach wieder gegeben. Das entscheidende aber sei, daß der Auszug die Gründe, warum die Wiesbadener Strafkammer und das Frankfurter Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. geleitet haben, die Anklage zu erheben, verschweigt. Die Regierungsvertreter haben behauptet, die Gerichte hätten die Verfolgung der zitierten Äußerungen abgelehnt, weil die bestehenden Strafgesetze nicht ausreichten. In Wirklichkeit ist die

Strafverfolgung aber abgelehnt worden, weil, wie es in der betreffenden Entscheidung heißt:

„Die inkriminierte Äußerung auch die Auffassung zuläßt, daß der Angeklagte gesetzgeberische Maßnahmen als wünschenswerth hat bezeichnen wollen, insolge deren ein unbedingt Gehorham gegenüber den militärischen Vorgesetzten nicht mehr statthabe. Für letztere Ansicht spricht einigermassen, daß politische Fragen, insbesondere die gegenwärtig bei dem Reichstage eingebrachte Vorlage den Gegenstand der Erörterung gebildet haben.“

Der Abgeordnete Muer konstatiert, daß hier die zweite große Fährlichkeit liegt, mit der das Begründungsmaterial zusammenge stellt worden ist, festgestellt ist.

Die Spezialdebatte über § 112 wird hierauf geschlossen und die Abstimmung vorgenommen. In derselben werden zunächst die Absätze 2 und 3 der Regierungsvorlage mit 12 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Dafür die Konservativen und Nationalliberalen. Mit derselben Majorität bei gleicher Stellung der Parteien wird hierauf der Antrag Hammerstein und das Amendement Ennecerus zum Zentrumsantrag abgelehnt. Darauf wird mit 17 gegen 11 Stimmen der Antrag Obel (Zentrum) angenommen. Dafür das Zentrum, die Konservativen und der Abg. Zimmermann (Antisemit). Der Abgeordnete Polzlogier (Pole) stimmt mit der Opposition. Nachdem der Antrag des Grafen Roos, im Falle der Verurtheilung aus § 112 event. auch den Verlust der Ehrenrechte zuzulassen, mit 12 gegen 16 Stimmen abgelehnt war, wurde in der Gesamtabstimmung der Paragraph in der neuen Fassung mit 18 gegen 10 Stimmen angenommen. Der polnische Vertreter stimmt jetzt mit der Majorität. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr.

Die Binnenschiffahrts-Kommission setzte in ihrer gestrigen Sitzung die Verabreichung des in voriger Sitzung zurückgestellten § 73 fort. Zu denselben hatten die Abgeordneten Gerisch, Klees und Rehger beantragt, daß der Schiffer bei losen Gütern für ein Manifest, das ein 1/2 Prozent nicht übersteigt, nicht verantwortlich gemacht werden kann. Nach längerer Debatte einigte sich die Kommission dahin, diesen Antrag mit einem weiteren, vom Abg. Waffermann gestellten Antrag zu verbinden, und als neuen § 58a hinter § 58 einzufügen. Der § 58a hat, vorbehaltlich einer späteren Redigirung, folgenden Wortlaut: Für ein Mindergewicht oder ein Mindermaß, das ein 1/2 pCt. nicht übersteigt, ist der Schiffer nicht verantwortlich; es sei denn, daß ihm ein nachweisbares Verschulden zur Last fällt. Hat der Schiffer geladene Güter geladener Verschiffenheit für verschiffene Empfänger an Bord, ohne daß die einzelnen Partien durch dicke Wände im Schiff getrennt lagern, so ist ein etwaiges Unter- oder Übergewicht gleichmäßig unter alle Beistellenden zu vertheilen.

Die vom Abg. Waffermann zu § 81 gestellten Anträge, enthaltend Spezialbestimmungen für die Rheinschiffahrt, waren von diesem zurückgezogen worden. Die Kommission genehmigte dafür einen neuen Antrag des Abg. Waffermann, die Nebenerwerbskosten auf allen Strömen zu den Havariakosten zu rechnen.

Die weiteren Paragraphen des Gesetzes wurden mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Eine längere Debatte zeitigte nur der § 140, der dem Bundesrath das Recht einräumt, Bestimmungen über den Befähigungsnachweis der Schiffer und Maschinenisten zu treffen. Doch wurde auch dieser Paragraph mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

Damit war die erste Lesung des Gesetzes beendet. Zur Redigirung der vorgenommenen Änderungen wurde eine Redaktionskommission, bestehend aus den Abgg. Gerisch, Letocha und v. Werder, gewählt.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 20. Februar. Erste Lesung des Zölner-Gesetzes.

Wahlprüfungs-Kommission. Die Wahlen der Abgeordneten v. Elm (6. Schleswig-Holstein), Silgenhorff (7. Mecklenburg), Löhner (9. Pommern), v. Scherwin (Lübeck), (1. Steffen) und Werner (6. Rassel) wurden für gültig erklärt. Die Wahl des antisemitischen Abg. König (1. Rassel) wird einstimmig kassirt, weil entgegen den Vorschriften des Wahlreglements bei der Aufschreibung der Nachwahl im Bezirk Rintel nicht die vorgeschriebene achtstellige Brief zwischen Aufschreibung und Wahl innegehalten worden war.

(Parlamentarisches siehe auch 1. Beilage.)

Zur Landtagswahl in Württemberg.

In den letzten Tagen vor der Stichwahl hatte die Aufregung unter den Wählern ihren Höhepunkt erreicht. Die alten Parteien und Verleumdungen gegen unsere Partei wurden aus der Kammerkammer wieder hervorgeholt, die Zerstörung der Familie und der Religion, die Gefährdung des Privateigenthums und andere Mährchen wurden aufgetischt; das großartigste hierin leistete natürlich die Deutsche (nationalliberale) Partei, und trotz aller Machinationen wurde doch ein positiver, wenn auch geringes Defizit erzielt. Zwei Genossen, Glaser und Kloss, halten ihren Einzug in den Palmbaumhof. Die Bemühungen wurden somit einigermaßen belohnt; in allen Stichwahlbezirken, wo die Partei in Frage kam, wurde nochmals sieberhaft agittirt, wo es noch möglich war, fanden Versammlungen statt, überall gelangten Stimmzettel und Flugblätter zur Vertheilung, und obwohl immer neue Schneemassen vom Himmel herniederfielen, als ob die Natur sich mit den „Ordnungsmännern“ verbündet hätte, überwand unsere allseitig thätigen Genossen alle Hindernisse.

Unsere Gegner hatten es natürlich nicht notwendig, Wanderredner aufzusenden, denn in jedem Orte besaßen ja die Herren Nationalliberalen oder Ultramontanen einen oder mehrere Agitatoren auf dem Rathhause oder in der Kirche, ihnen wurde die Arbeit leicht gemacht. Außerdem stehen ihnen ja die Amtsblätter zur Anlagerung ihres Schmeihes zur Verfügung, und doch konnten sie das Rad der Zeit nicht aufhalten.

Der Zug nach Lins, der ja schon der Hauptwahl seinen Stempel aufdrückte, machte sich bei der Stichwahl erst recht bemerkbar.

Die deutsche Partei hat, wie nicht anders zu erwarten war, nur noch wenige Bezirke erobert, sie ist beinahe lahmgelegt. Ihre eifrigen Wortführer, wie Regierungsdirektor von Weidhammer, Regierungspräsident v. Leibbrand, sowie Professor Dr. Engelhaas sind wie ja bekannt, schon in der Hauptwahl gefallen und rechtswegs Schall, welchem die Führerrolle zu gebot war, mußte ebenfalls auf die Ehre, die gute Stadt Stuttgart zu vertreten, zu gunsten unseres Genossen Moch verzichten. Die Deutsche Partei steht jetzt hilflos da und wird sich wohl von der Schluppe, die sie eilfertig hat, nicht wieder erholen. Professor Dieder, welcher von dem „Hannoverschen Courier“ als der schändliche und volkshimliche Redner der Deutschen Partei geschildert wurde, wurde ebenfalls durch die Volkspartei aus dem Sattel gehoben. Der Herr Ministerpräsident v. Mittnacht, welcher seit 34 Jahren den Bezirk Württemberg vertrat, konnte gegen das Zentrum diesmal noch seinen Sitz behaupten, der Landtagspräsident v. Hoch ging ebenfalls noch aus der Stichwahl als Sieger hervor, so daß die Regierung wenigstens noch einige „überzeugungstreue“ Anhänger hat.

Was nun die sozialdemokratische Partei betrifft, so wurde, wie ja schon telegraphisch berichtet, Genosse Glaser in Cannstatt mit ca. 380 Stimmen mehr gegen den nationalliberalen Bankier Pfaff gewählt.

Genosse Schlegel in Göttingen unterlag mit 3095 Stimmen

gegen den pensionierten Reichsgerichtsrath Gsch, auf den 3494 Stimmen fielen.

Genosse K. G. r. in Nalen vereinigte 2633 Stimmen auf sich, sein Gegenkandidat Rechtsanwalt Neubold (Zentrum) hatte nur 13 Stimmen mehr und ist somit gewählt.

In Stuttgart-Amt siegte, wie vorausgesehen war, der volksparteiliche Fabrikant Kraut mit ca. 500 Stimmen mehr über unseren Genossen K. G. r.

Nach nunmehriger Feststellung ist, wie der „Staatsanzeiger für Württemberg“ meldet, das Ergebnis von 26 Landtags-Stichwahlen folgendes: Gewählt sind 14 Abgeordnete der Volkspartei, 8 der Deutschen Partei, 3 der Landespartei (worunter der Minister v. Mittnacht und der frühere Kammerpräsident Hohl), 2 Konfessionelle, 2 Zentrum und 2 Sozialdemokraten (K. G. r. Gannstatt und K. G. r. Stuttgart). Der Wahlkampf war hartnäckig; in den meisten Bezirken drangen die Sieger bei einer Wahlbeteiligung von 80 bis 90 pCt. nur mit Mehrheiten von 10 bis 50 Stimmen durch.

Wie der „Staatsanzeiger für Württemberg“ weiter meldet, wird die Zusammensetzung der Kammer folgende sein: 81 Abgeordnete der Volkspartei, 13 Deutsche und Landespartei, 5 diesen nahe stehende Parteiloje und Konfessionelle, 18 Zentrum, 2 Sozialisten. Rechnet man zu obigen noch die 23 Privilegierten, so ergibt sich folgendes Parteiverhältnis: 51 Volkspartei, 30 Deutsche und Landespartei, 9 diesen nahe stehende Parteiloje, 21 Zentrum und 2 Sozialisten.

Bei den Stichwahlen sind die Kandidaten Ober-Bürgermeister Hegelmeier, Heilbrunn und Pantleon, Heidenheim unterlegen.

Die Sozialdemokratie kann nun auch im württembergischen Parlament ihre Prinzipien vertreten und wird sich zur Aufgabe machen, jederzeit im Interesse der arbeitenden Klassen zu handeln.

Das Ministerium Mittnacht und die sogenannten „rechts-treuen“ Parteien mit ihm sind vollständig erledigt dem Anturme des mit der Reichs- und Landespolitik unzufriedenen württembergischen Volkes. Ob das Ministerium bleiben wird, oder, wie es sich nach diesem Volksvotum schiden würde, abtreten wird, kann bei der mangelhaften Ausbildung der konstitutionellen Gefühle in Deutschland nicht vorausgesagt werden.

Ueber das Wahlergebnis in Stuttgart-Stadt meldet uns eine Privatdepesche das folgende:

Genosse K. G. r. ist gewählt mit 10 703 Stimmen gegen den Deutschparteilichen Schall, der 8179 Stimmen erhielt. Im Arbeiterheim, dem Sitz des Zentral-Wahlkomitees, sind große Menschenmassen versammelt. K. G. r. Hildebrand und Tauscher halten Ansprachen. Die Begeisterung der Genossen ist groß.

Soziale Uebersicht.

Zum Prozeß der ehemaligen Nachtwachtbeamten der Stadt Breslau. Zur Fortführung ihres Prozesses in zweiter Instanz wegen ihrer Gebalts- und Pensionsansprüche 1. gegen die Stadtgemeinde Breslau, vertreten durch den Magistrat, und 2. gegen den preussischen Fiskus, vertreten durch den Regierungspräsidenten zu Breslau als Neben-Intervenienten, ist den früheren Nachtwachtbeamten vom königl. Ober-Landesgericht das Armenrecht bewilligt worden.

Die Geschäfte des Reichs-Versicherungsamts vermehren sich fortwährend; es hat jetzt schon jährlich über 10 000 Rechtsfälle zur Entscheidung zu bringen. Kein Mensch hat früher geahnt, daß sich dieses Amt mit einer solchen Fülle von Prozessen zu beschäftigen haben würde; man hatte bei Entstehung der Arbeitergesetzgebung angenommen, daß die Liberalität der Berufsvereinigungen es kaum zu Prozessen kommen lassen würde. Fast täglich tagen jetzt drei Senate im Reichs-Versicherungsamt; es hat sich aber herausgestellt, daß dieselben nicht mehr in der Lage sind, sämtliche Sachen zu erledigen. Vom 20. d. M. ab sollen noch zwei weitere Senate in Tätigkeit treten, um die gewaltige Arbeit prompt zur Erledigung zu bringen. Im Interesse der armen Krüppel, Wittwen und Waisen, welche als Kläger vor dem Reichs-Versicherungsamt auftreten, ist jede Einrichtung mit Freuden zu begrüßen, die geeignet ist, die erhobenen Klagen so schnell wie möglich zur Entscheidung zu bringen. Während früher in den großen Ferien, die im vorigen Jahre gegen ein Vierteljahr dauerten, überhaupt keine Prozesse im Reichs-Versicherungsamt zur Entscheidung kamen, sollen fortan, wie bei fast allen anderen Gerichten, auch beim Reichs-Versicherungsamt Ferienfeste zur Entscheidung dringender Rechtsstreitigkeiten gebildet werden.

Die todtte Hand in Oesterreich. Nach einer statistischen Zusammenstellung besitzen die Klöster und Stifte in Oesterreich an Grund und Boden einschließlich der beweglichen Güter insgesamt 68 Mill. Hl. und zwar in Niederösterreich über 27 Mill. Hl., in Oberösterreich 8 Mill., in Salzburg 3 Mill., in Steiermark 1 1/2 Mill., in Kärnten 2 Mill., in Tirol 4 Mill., in Böhmen 13 1/4 Mill., in Mähren 14 Mill., in Schlesien 8 1/4 Mill. und in Galizien 10 Mill. Hl. — Man sieht, die christliche Liebe rentiert sich.

Zechnfundentag in der Schweiz. Der „Grünländer“ macht die Anregung, der schweizerische Arbeiterbund, der Grünländer und die sozialdemokratische Partei sollen gemeinschaftlich eine Enquete durch die Arbeiter selbst über die verschiedenen Arbeitszeiten, deren Wirkungen auf die Löhne u. veranlassen, um dadurch auf die Erreichung des gesetzlichen Zehnfundentages hinzuwirken. — In der Schweiz ist bekanntlich der 11stündige Maximalarbeitstag bereits Gesetz.

Parteinachrichten.

Den Genossen von Friedenau und Steglitz zur Nachricht, daß der Arbeiter-Bildungsverein seine Les- und Diskussionsabende wieder abwechselnd in Friedenau und Steglitz abhält. Der erste Lesabend findet am Dienstag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr im Kurhaule zu Friedenau statt. Der Unterzeichnete richtet an die Parteigenossen die dringende Bitte, sich recht zahlreich an diesen Vereinsabenden zu beteiligen. Der monatliche Vereinsbeitrag beträgt 20 Pf. Ernst Surov, Vorsitzender.

Die Frauen zur proletarischen Bewegung heran-zuziehen, war der Zweck einer Agitationsstour, welche Genossin K. G. r. durch Mecklenburg-Schwerin auf Veranlassen des Rostocker Gewerkschaftsartells übernommen hatte. In der Zeit vom 20.-26. v. M. fanden in Dobru, Warnemünde, Rostock, Wismar, Schwerin und Laage theils „geschlossene“, theils öffentliche Versammlungen statt. Die eigenartigen Verhältnisse Mecklenburgs lassen es häufig zweckmäßig erscheinen, sogenannte geschlossene Versammlungen abzuhalten. Es werden in solchen Fällen Einladungskarten verteilt und findet eine Ueberwachung dieser Versammlungen nicht statt, allerdings haben dieselben auch nicht den agitatorischen Werth wie die öffentlichen Versammlungen. Die Referentin sprach über „Den Werth der Organisation“, Die Frauen und der Sozialismus“ (letzteres Thema in geschlossener Versammlung). Die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft in der modernen Großindustrie. — Der Besuch der Versammlungen war überall, selbst bis auf den kleinen Badeort Warnemünde, sehr gut, die Stimmung unter den Frauen eine vorzügliche. Die Besucherinnen der Versammlungen legten ein größeres Interesse an den Tag für die Ausführungen der Referentin, als man in dieser Gegend erwarten sollte. Das ist recht bezeichnend insofern, da bekanntlich in dem verfassunglosen Mecklenburg es sogar auch den Männern verboten ist, sich mit Politik zu befassen. Es

bedarf daher der ganzen Vorsicht der Redner, um mit den Polizeigewalten nicht in Konflikt zu kommen, falls diese nicht gleich bei Beginn der Versammlungen diese aus ungenannten Gründen einfach auflösen. Mecklenburg-Schwerin hat so gut wie gar keine Großindustrie. Die proletarischen Frauen sind dort meist in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt als „Höfe-Arbeiterinnen“. Es ist noch ein Rest der Feudalwirtschaft, die Frauen werden oft einfach kommandirt, für 50 Pfennig pro Tag bei der Ernte u. s. w. zu helfen. Daneben sind es Kleinbetriebe gewerblicher Natur, in denen die Frauen ein paar Pfennige verdienen. Sind sie so glücklich, noch eine Kuh, ein paar Hühner u. s. w. zu besitzen, so schleppen sie die Butter, die Eier, Grünfisch u. s. w. zur Stadt oder zum Flecken und verkaufen es dort, um für ihren eigenen Bedarf Syrup und amerikanisches Schmalz zu erstehen. Den dadurch erzielten geringen Ueberschuß an Geld müssen sie zum Einkauf von Kleidung, Beleuchtung u. s. w. verwenden. Wenn unter solchen Verhältnissen auf kleinen Orten wie Toborn die Frauen 1 1/2 Stunden durch hohen Schnee waten müssen, um zum Versammlungsort zu kommen, die Versammlungen dann bei so dünn gefähter Bevölkerung noch so zahlreich besucht sind, so ist das ein überaus erfreuliches Zeichen. — In größeren Orten wie Güstrow, besonders aber in Rostock, waren vorwiegend Frauen erschienen, dagegen in Schwerin nur wenige Frauen. Das letztere dürfte zunächst wohl auf die Männer zurückzuführen sein, die lieber selbst die Versammlung besuchen, als ihre Frauen hingehen zu lassen. Der Umstand, daß es eine Gewerkschaftsversammlung war (wegen der oben geschilderten politischen Verhältnisse), mag freilich auch dazu beigetragen haben. Der Wunsch nach lebhafter Agitation wurde besonders von den Frauen durchweg in allen Orten geäußert. Im ganzen kann also von unserer Seite eine volle Befriedigung über die Resultate ausgesprochen werden, obwohl wir nicht verkennen wollen, daß noch ein schweres Stück Arbeit dort zu leisten ist.

Partei-Preße. Eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins in Brandenburg, in welcher Genosse Buech aus Mühlhausen über die Tätigkeit des deutschen Reichstages sprach, nahm den Bericht des Genossen Gwald über den Stand des Partei-Organis ausgehen. Dem Wahlverein sind aus dem Ueberschuß der Zeitung 500 M. überwiesen. Auf Antrag des Vorstandes wird beschlossen, dem Vertrauensmann 300 M. zu Parteizwecken zu überweisen mit dem Ersuchen, 100 M. an den Parteivorstand abzuführen.

Der Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins für den 2. Hamburger Wahlkreis liegt nun ebenfalls vor und theilen wir in Nachstehendem die wesentlichen Punkte mit. Die Jahresrechnung belief sich (für 1894) auf 20 820,04 M. die Ausgabe auf 20 215,33 M., der Kassenbestand demnach auf 604,71 M. Die Mitgliederzahl ist von 2889 im vorigen Jahre auf 3016 gestiegen. Die vorgenommene Altersstatistik ergab folgende Siffern:

Im Alter von 15—20 Jahren waren	74 Mitglieder,
„ „ „ 20—30 „	957 „
„ „ „ 30—40 „	1160 „
„ „ „ 40—50 „	507 „
„ „ „ 50—60 „	177 „
„ „ „ 60—70 „	27 „
„ „ „ über 70 „	2 „

Eines der zuletzt aufgeführten Mitglieder ist 90 Jahre alt. Bei 22 Mitgliedern wurde das Alter nicht ermittelt.

Unter den 3016 Mitgliedern waren 176 Frauen. 2008 Mitglieder waren verheirathet, 1008 ledig.

In der Sozialistischen Welt sehen die sächsischen Behörden salogen zu wollen. Den Landesgesetzen wird nachgeholfen durch Administrativgewalt. Wenn z. B. Sozialdemokraten zusammenkommen wollen, so kann die Polizei sie daran hindern auf Grund des § 6 d. Bestimmungen des Gesetzes über die Polizeiverwaltung, welcher lautet:

„Zu den Gegenständen der ortspolizeilichen Vorschriften gehören: . . . d) Ordnung und Geseßlichkeit bei dem öffentlichen Zusammensein einer größeren Anzahl von Personen“. Das läßt sich nicht nur auf Versammlungen, sondern auch auf ein Zusammenkommen von Sozialdemokraten in einer Wirtschaft anwenden. Mittheilung der Polizeibehörde von Unna:

Unna, den 2. Februar 1895. Infolge der sozialdemokratischen Umtriebe, die Sie in Ihrer Wirtschaft geduldet haben, werden auf Grund des § 6 des Gesetzes über die Polizeiverw. vom 11. März 1850 die Polizeivorschriften über die Innehaltung der Polizeistunde in verschärfter Weise in Anwendung gebracht, so daß Sie von jetzt an bis auf Verfügung Ihr Schanklokal um 9 Uhr abends geschlossen halten müssen und Getränke und Speisen nicht mehr darin verabfolgen dürfen. Zuwiderhandlungen werden auf Grund § 132 des Landesverwaltungs-Gesetzes vom 30. Juli 1883 bis zur Höhe von 60 Mark bestraft. Gegen diese Verfügung findet nach § 133 des erwähnten Landesverwaltungs-Gesetzes die Beschwerde im Aufschlagswege innerhalb zwei Wochen statt. An den Gaskirch Herrn Adrion, hier. Die Polizeiverwaltung, gez. Eichholz.

Es ist offenbar eine große Mißde von der Unnaer Polizeiverwaltung, bemerkt hierzu unser Wort und der Parteivorstand, wenn sie den „Umtriebe“ vollziehenden Sozialdemokraten nicht ganz das Zusammenkommen in öffentlichen Lokalen unmöglich macht durch völlige Unterfügung des Wirtschaftsbetriebes in Räumen, wo jene verrichten Menschen wollen. Wenn dies aber mit einer Konzeptionsentscheidung ohne rechtserhebenden Grund gleichbedeutend wäre, so ließe sich die Schankzeit vielleicht auf ein paar Stunden beschränken, wo die Sozialdemokraten bei der Arbeit sind und also nicht in der Wirtschaft zusammenkommen können, um durch „Umtriebe“ Ordnung und Geseßlichkeit zu gefährden. Herr Adrion hat einen Rechtsanwalt damit beauftragt, zugleich Beschwerde und Klage einzureichen. Wir nehmen an, daß er sein Recht bekommen wird. Ob er freilich dann nicht bereits wirtschaftlich ruiniert sein wird?

Die Outgeantanten der Stadt Wurz n jammern in ihrem Organ, dem „Lageblatt“, so kläglich, daß es einem fast leid thut ihnen über das Resultat der letzten Stadtrathswahl. Durch die im Stadtvorordneten-Kollegium erfolgte Wahl des Schmiedemeisters Ziegler zum Stadtrath, die durch das Votum vorgenommen werden mußte, hat nämlich die sozialdemokratische Bürgerpartei durch ihre nach und nach gewählten Kandidaten die Majorität auch im Stadtrath erlangt. Daß das für die „Ordnungsmänner“ schrecklich sein muß, begreifen wir.

Zum Fall Müdt. In Mannheim fand am Donnerstag Abend eine von ca. 3000 Personen besuchte Parteiversammlung statt. Dieselbe nahm einen stürmischen Verlauf; es handelte sich um Stellung zu nehmen zu den bekannten Vorgängen in Heidelberg, Friedrichsfelde und Mannheim in der Angelegenheit Müdt. Eine Resolution gelangte zur Annahme, in welcher die Versammlung Dreesdam ihr Vertrauen aussprach und Dr. Müdt ein Mißtrauensvotum ertheilte.

Aus Baden. Vor einem halben Jahre, zur Zeit als der Streit zwischen den Anhängern und Gegnern Stegmüller's in Vörrach den Höhepunkt erreicht hatte, wurde in genanntem Orte ein sozialdemokratischer Verein gegründet, dem alle diejenigen Parteigenossen beitraten, die mit dem Kirchenmann Stegmüller nicht einverstanden waren. Seit der kurzen Zeit seines Bestehens hat der Verein sich kräftig entwickelt, wie aus folgendem Bericht über die Generalversammlung vom 10. d. M., an welcher sich circa 100 Personen beteiligten, hervorgeht. Genosse Marquardt erstattete den Geschäftsbericht, der unter den obwaltenden Verhältnissen ein äußerst günstiger ist. Laut desselben sind seit Bestehen des Wahlvereins, also seit einem halben Jahre, mehrere Vorstands-

sitzungen, 12 Vereinsversammlungen, 6 Volksversammlungen, 2 Reichsfeste (Herbstfeier und Weihnachtsfeier), sowie eine Wahlkreis-Konferenz abgehalten worden. An Mitglieder wurden 142 aufgenommen, 22 sind durch Abreise, Nichtbezahlung der Beiträge, Austritt abgegangen, so daß der Verein gegenwärtig 120 zahlende Mitglieder hat. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 366,48 M. und eine Ausgabe von 351,93 M. auf, so daß ein Kassenvorrath von 15,13 M. verbleibt. Die hierauf eröffnete Diskussion zeigte, daß die Mitglieder mit dem Bericht einverstanden waren. Sie beschäftigten sich dadurch, daß sie dem Vorstand für die treffliche und treue Leitung und Verwaltung einstimmig ihren Dank aussprachen und Decharge erteilten.

Polizeiliches, Gerichtliches u.

— Strafe muß sein. Das Siegmüthiger Gewerkschafts-artikel war von einer Volksversammlung beauftragt worden, eine Arbeitslosen-Statistik aufzunehmen, und zu diesem Zwecke Fragebogen zu verbreiten. Diese wurden, wie wir s. B. berichteten, von der Polizei beschlagnahmt, weil auf denselben Name und Wohnort des Druckers fehlten. Auf Grund dessen ist man gegen den Vorsitzenden des dortigen Gewerkschaftsartells, Genossen Leichert, strafrechtlich vorgegangen. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht machte derselbe geltend, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um eine „Druckschrift“ im Sinne des Gesetzes, sondern um ein einfaches „Formular“ handle, das nur eine beschränkte Verbreitung erfahren sollte. Es ließe ihm daher der Absatz 2 des § 6 des Preßgesetzes schuldig zur Seite, in welchem es heiße: „Ausgenommen von dieser Vorschrift sind die nur zu den Zwecken des Gewerbes und Verkehrs, des häuslichen und gesellschaftlichen Lebens dienenden Druckschriften, als: Formulare, Preis-geld, Visitenkarten und dergleichen, sowie Stimmgeld“. Ferner machte der Angeklagte geltend, daß wenn hier eine Straftat überhaupt vorliege, diese dann dem betreffenden Drucker zur Last falle, denn dieser habe die unter Strafe gestellte Unterlassung begangen. Der Gerichtshof entschied indessen dahin, daß es sich hier nicht um einen Zweck des Gewerbes und Verkehrs, des häuslichen und gesellschaftlichen Lebens dienende Druckschrift handle, sondern daß der § 6 Absatz 1 auf die vorliegende Druckschrift Anwendung zu finden habe. Das Urtheil lautete auf eine Geldstrafe von fünf Mark oder einen Tag Haft.

— Der Pfaffenpiegel vor Gericht. In der Buchhandlung der Frankfurter „Volksstimme“ waren im November v. J. eine Anzahl „Pfaffenpiegel“ beschlagnahmt worden. G. Meier wurde beschuldigt, dadurch, daß er einige Exemplare des „Pfaffenpiegel“ verkauft hat bezw. hat verkaufen wollen, Einrichtungen und Gedächtnisse der katholischen Kirche herabzusetzen und veripottet, die Sittlichkeit verlegt, sowie gegen § 21 des Preßgesetzes verstoßen zu haben. Der Staatsanwalt beantragt 2 Monate Gefängnis. Das Gericht erkennt nach längerer Verathung auf Freisprechung von Strafe und Kosten. Dem Angeklagten sei Glauben zu schenken, daß er den Inhalt des Buches nicht gekannt, es sei für das Gegentheil nicht der Schatten eines Beweises vorhanden. Das Buch sei von dem Angeklagten in keiner Weise auffällig angepreiselt worden, in der „Volksstimme“ ist es mit vielen anderen Büchern angezeigt und in dem Schaufenster mit anderen Büchern ausgestellt worden. Auch in bezug auf das Preßgesetz treffe den Angeklagten keine Schuld, er habe den Drucker und Verleger genannt und das Buch sei von dem Gericht in Rastatt beschlagnahmt und diese Beschlagnahme habe sich auch auf die in den Buchhandlungen vorhandenen Exemplare erstreckt. Mit der Wegnahme des Buches sei dem Gesetz genüge geschehen, eine Verstoßung daher nicht zulässig. — Der Pfaffenpiegel aber ist und bleibt verboten.

— Ein neues Mittel, den Nothstand zu beseitigen, hat man in Elberfeld entdeckt. Genosse G. G. r. erhält dieser Tage als Redakteur der „Freien Presse“ ein Strafmandat, lautend auf 14 Tage Haft wegen groben Unfug. Er hatte eine Notiz aus Barren veröffentlicht, worin gesagt war, daß ein Arbeiter keine Arbeit gefunden habe und verhungert sei. Diese Notiz traf, wie später bekannt wurde, nicht ganz zu und wurde deshalb berichtigt; trotzdem die Bestrafung.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Berlin, 15. Februar. Heute Abend hat hier die konstituierende Versammlung des „Centralverbandes deutscher Brauereien gegen Verursachungen“ stattgefunden. Demselben sind die Brauereien in den größten Städten Norddeutschlands beigetreten. Zum Vorort wurde Berlin und zum Vorsitzenden Generaldirektor Hoffmann-Berlin gewählt.

Amsterdam, 15. Februar. Nach einer Depesche des „Telegraaf“ aus Batavia ist in der Gegend von Tjambea, Residentchaft Sultenzorg, eine Verschwörung entdeckt worden, welche die Niederwerfung der Europäer und Chinesen bezweckte. Die Häupter der Verschwörung und 50 Mitschuldige wurden verhaftet.

Brüssel, 14. Februar. Abgeordnetenversammlung. Der Finanzminister sprach sich dagegen aus, daß eine Vorlage betreffend die Verabfolgung der Grundsteuer auf bestellbare Ländereien in Erwägung gezogen werde, und bezeichnete diese Vorlage als ein Wahlmandat. Die Kammer genehmigte, daß die Vorlage in Erwägung gezogen werde.

Paris, 15. Februar. Heute Vormittag fand in der Königin Louise-Grube eine Entzündung von Grubenminen statt, durch welche 1 Steiger und 7 Mann verletzt wurden. Eine Lebensgefahr erscheint ausgeschlossen. Von der Direktion sind umfassende Vorichts-Maßregeln getroffen. Nach der „Kattowitzer Zeitung“ sind in der vorhergehenden Nacht auf derselben Grube zwei Häuer durch einen zu Brüche gegangenen Pfeiler verschüttet worden; ein Arbeiter blieb sofort todt; der andere ist schwer verletzt nach dem Lazareth geschafft worden. Vier andere Arbeiter sind leicht verletzt.

Lemberg, 15. Februar. Seit gestern werden aus der Umgegend ungewöhnlich heftige Schneeverwehungen gemeldet; mehrere Bauern wurden von Lawinen verschüttet.

(Depeschen-Bureau Herold.)

Wien, 15. Februar. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Sofia: Jankow schlug dem Fürsten Ferdinand vor, das Kabinett zu entlassen, die Sobranje anzulösen, Neuwahlen anzuschreiben und inzwischen einem Geschäftsministerium aller Parteien die Verwaltung anzuvertrauen. Alsdann solle eine Abordnung des Volkes an den Zaren erfolgen mit der Bitte um Anerkennung des Fürsten Ferdinand, wofür Bulgarien Russland das Recht zugesucht, der bulgarischen Regierung unter allen Umständen die Richtung der auswärtigen Politik vorzuschreiben. Jankow glaubt seines Sieges sicher zu sein. Stollow giebt sich alle Mühe, den Staatswagen im richtigen Geleise zu halten, indessen wird er durch die übrigen Minister lahmgelegt.

Wien, 15. Februar. In einer Meldung der „Pol. Corr.“ aus Petersburg wird nochmals hervorgehoben, daß sich Russland allzuweit gehenden Forderungen Japans, besonders aber der Annullen Kores oder eines Theils der Mandschurei, kategorisch widersetzen werde. Es werde höchstens der Besitzergreifung der Insel Formosa und einer hohen Kriegsschadungszahlung zustimmen, bis zu deren Entrichtung Japan einige chinesische Häfen besetzt halten könne.

Konstantinopel, 15. Februar. Infolge neuerdings eingetretener Ueberschwemmungen bei Adrianopel ist der Bahnverkehr unterbrochen.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag.

38. Sitzung vom 15. Februar 1895, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesrates: Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe, v. Marschall, Graf Posadowsky, v. Bötticher.

Zur Verathung steht der Antrag der Abgg. Friedberg, v. Kardorff, Lieber und Graf Mirbach: An die verbündeten Regierungen das Ersuchen zu richten, dieselben wollen baldmöglichst Einladungen zu einer Münzkonferenz ergehen lassen behufs internationaler Regelung der Währungsfrage.

Antragsteller Abg. Graf Mirbach (H.): Was dem Antrag zu Grunde liegt, sind nicht unsere Münzverhältnisse, sondern wesentlich die wirtschaftlichen Verhältnisse, soweit sie mit der Währungsfrage im Zusammenhang stehen. Wir halten den Zeitpunkt für gekommen, jetzt eine Initiative zu erheben, welche sehr werthvoller Kundgebungen aus dem Auslande. Ich stehe mit meiner Partei auf dem Boden, daß wir in der Währungsfrage eine wirtschaftliche und soziale Frage allerersten Ranges sehen; wir stehen etwa auf dem Boden der Erklärung der verbündeten Regierungen auf der Pariser Münzkonferenz von 1889, welche eine internationale Vereinbarung über die Relation zwischen Silber und Gold für werthvoll und nützlich erachtete. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage ist für uns der entscheidende Punkt. Die Welt ist heute das Interesse für sich gewonnen hat, zeigt die große Zahl von Unterschriften, die unser Antrag bei den Parteien bis zu den Nationalliberalen gefunden hat. Die Umlauffrage läßt sich befriedigend nur regeln durch Verträge mit anderen Nationen. Wir haben ja solche Verträge in den letzten Jahren zahlreich gehabt, da marschirten die Freisinnigen an der Spitze. Heute bin ich sehr neugierig, ob die Herren die Konsequenz gegenüber unserem Antrage ziehen werden. Thun sie es nicht, so ist die Erklärung ziemlich leicht: Ja, Bauer, das ist ganz was anderes! Damals wurden dem Bauer erhebliche Opfer auferlegt, und heute wollen wir ein Compesse geben zum Abschluß von Verträgen, die das entgegengesetzte wollen. Für die Landwirtschaft ist die Frage schon wegen der Valutadifferenz von entscheidender Bedeutung. Es ließe sich ja auch durch scharfe Schutzzölle oder durch Monopole helfen. Für die exportirende Industrie und den Handel ist diese Frage nicht bloß eine einschneidende, sondern die entscheidende. Für die heimischen Artikel, die nicht für den Weltmarkt geliefert werden, tritt die Bedeutung der Währungsfrage zurück. Wenn das wirtschaftliche Leben stöckert, wenn unsere Produktion zurückbleibt, können auch die Beamtengehälter nicht erhöht werden. Die Klagen der Beamten stammen doch nicht aus ihrer Begehrlichkeit, sondern aus der verminderten Kaufkraft des Geldes, welches sie als Gehalt bekommen. Nur diejenigen, welche durch Verschärfung der Schuldverhältnisse die Ausbeutung der Schuldner herbeiführen wollen, haben Vortheil von dem gegenwärtigen Zustand. Die landwirtschaftliche Produktion wird ruiniert, die nach Silberländern exportirende Industrie selbst schwere Noth. Die Gesamtheit unseres Staatswesens aber ist abhängig von dem Prosperieren der Produktion. Zu der Zeit, wo das Silber gesunken und die Goldwährung eingeführt wurde, begann eine Periode sinkender Preise. Ein englischer Statistiker und Nationalökonom hat ermittelt, daß alle Hauptmassenartikel im Werthe um 32 bis 40 pCt. in den letzten Jahrzehnten gesunken sind.

Wir wollen eine vermehrte Zirkulation von Hartgeld. (Sehr richtig! rechts.) Gold allein kann diese Rolle nicht ausfüllen. Wenn es zu keiner bimetalistischen Union kommt, macht entweder Amerika Ernst mit der Goldwährung und geht mit einer Anleihe von 500 Millionen Dollars vor. Wo bleiben dann unsere Goldbestände? Oder Amerika entsagt definitiv der Goldprägung und geht zur Silberprägung über; dann haben wir Valutadifferenzen, gegen die wir uns nur durch hermetische Abschließung schützen könnten, und dann fiele Amerika der Handel mit Asien allein zu.

Der Konferenz muß aber wenigstens eine Kooperation zweier größerer Länder vorangehen. Ich habe das volle Vertrauen zu den verbündeten Regierungen, daß sie in dieser Beziehung nichts unverfühlbar gelassen haben werden. (Beifall rechts.)

Abg. Barth (fr. Bg.): Der so außerordentlich wichtige „Impuls“ vom Auslande reduziert sich auf die Bemerkung, welche Ribot in der Deputiertenkammer abgegeben hat. Es handelt sich dabei nur um Ausführungen, die in keiner Weise darauf schließen lassen, daß die Regierung etwas entschlossen ist, ihrerseits die Initiative zu ergreifen, wie es hier unserer Regierung zugemutet wird. Im Anschluß an die Rede Ribot's hat sich keine Diskussion entwickelt. Wir wissen doch auch sehr gut, wie heftig Ministerien in Frankreich stehen und wie die Deputiertenkammer allein entscheidet. Wer weiß denn, ob Ribot noch am Ruder ist, wenn die Anregung infolge des Antrages von Deutschland zur Münzkonferenz ausgeht? Auf solche gelegentlichen Bemerkungen hin kann man keine internationale Aktion inszenieren. Der Antrag trägt ja 210 Unterschriften, hat also bereits die Mehrheit der Mitglieder des Reichstages. Weshalb mögen die Antragsteller sich so um die Sicherung der Mehrheit durch Unterschriften bemühen haben? Man wollte die Herren besänftigen, sie den Vorstellungen der Gegenseite gegenüber möglichst hartnäckig machen. Darum auch hat man den Antrag so schnell wie möglich zur Verhandlung gebracht. Nicht einmal der Mehrzahl nach sind die Herren Bimetallisten im Sinne der Herren Graf Mirbach und v. Kardorff; die Unterzeichneten sind meistens Gefälligkeitskandidaten. Durch diese glückliche Regie hat man erreicht, daß die öffentliche Meinung des Landes sich noch gar nicht mit dem Antrage befaßt hat. Kommt Deutschland mit solcher Initiative, so müssen doch, das wird der allgemeine Glaube sein, die deutschen Währungsverhältnisse wesentlich schlechter liegen, als bisher angenommen wurde, es werden vor allem Zweifel an ihrer Stabilität entheben, und das ist ein ganz direkter Schaden für unsere Währungsverhältnisse.

Die Silberkommission lehrt nur, daß es sehr leicht ist, sie zusammen zu berufen, daß es aber sehr schwierig ist, auch nur vorzuschlagen, was zur Lösung der Frage beitragen kann. Und nach allen diesen Mißerfolgen kommt man wieder mit einer neuen internationalen Konferenz? Daß wir, die wir, am weitesten vom Schuß entfernt, eine geordnete Währung haben und keine Änderung derselben wünschen können, dazu kommen sollten, und dazu zu drängen, andere Leute glücklich zu machen durch die Schaffung eines monetären Bolaput, das scheint mir unsäglich. Noch niemals haben wir so viel Gold gehabt als jetzt, in der Reichsbank zirka 800 Millionen. Im Verkehr haben wir so viel Gold als wir nur irgend brauchen. Die Verhältnisse liegen also so günstig, wie sie nur irgend können. Die Goldproduktion hat im Laufe der letzten Jahre auf der ganzen Erde ganz unerwartet stark zugenommen. Die Theorie von der zu kurzen Goldbedeckung hat früher eine große Rolle gespielt; sie ist durch die Thatsache drastisch widerlegt worden. Noch niemals, so lange die Welt besteht, haben wir so viel Gold produziert wie jetzt. Redner verweist ausführlich auf eine kürzlich erschienene Monographie, welche auf Grund eingehender Untersuchungen zu dem Schluß kommt, daß ein Zusammenhang des Preisfalles mit dem Preisfall des Silbers gar nicht vorhanden ist. Rame es

wirklich zu einer künstlichen Steigerung des Baarenpreises, also zu einer entsprechenden Entwerthung des Geldes, so hat der Verkäufer doch nicht den mindesten Nutzen, wenn er nachher für das erhaltene, entwerthete Geld andere Waaren kaufen muß. Die Herren um Herrn von Kardorff haben weniger Verständnis für die deutschen Interessen als selbst die Arbeiter. (Lärm des Abg. v. Kardorff.) Die haben längst begriffen, daß es ihr größtes Unglück wäre, wenn die Doppelwährung eingeführt würde. Herr Schippel hatte sich auch einmal von der großen Deutlichkeit der Doppelwährungsleute, Arndt, bimetalistisch beeinflussen lassen, hat aber längst seine damaligen Irrthümer eingesehen. Eine Entwerthung des Geldes um 25 pCt. würde den Arbeitern 25 pCt. ihres Lohnes entziehen. Herr von Kardorff meint, die Arbeiter würden dann mehr Lohn bekommen. Vielleicht; aber sie werden ihn sich doch erst zu erobern haben durch schwere Lohnkämpfe; die starke Erschütterung des ganzen wirtschaftlichen Verkehrs bedeuten. Ist der Ausgleich geschehen, so bleibt nur eine Klasse übrig, die Vortheil hat, das sind diejenigen, die heutzutage Schulden haben, namentlich die hochverschuldeten Grundbesitzer und die Aufnehmer unkündbarer Darlehen. Ihre Schulden werden um 25 pCt. vermindert, und das ist der direkte Profit (Sehr richtig! links), den die Herren von der Umlösung haben werden. Aber gerade aus diesem Grunde ist die bimetalistische Agitation auch eine in hohem Grade unsittliche, weil sie den Gläubiger seiner Rechtsansprüche einfach beraubt. (Lärm rechts.) Es würde ein Bankrott eintreten, der garnicht anzuhalten wäre. Ich warne auf das allerentschiedenste davor, diesen höchst gefährlichen Weg zu beschreiten. (Beifall links.)

Abg. Graf Bismarck (Hd.): Der Brüsseler Konferenz war keine Verhandlung der Regierungen vorausgegangen. Es ist sehr schwer, etwas zu Stande zu bringen, wenn ohne Verhandlung der Kabinetten vorgegangen wird. Wenn auch nur zwei Regierungen versuchen, zu einer gemeinschaftlichen Basis zu kommen, so würde schon etwas erreicht werden. Sollte die Regierung die Zeit dazu nicht für geeignet halten, so ist es immer schon ein Verdienst gewesen, daß die Bimetallisten der Regierung die Reichstags-Mehrheit zur Verfügung gestellt haben, wenn sie einmal solchen Schritt thun wird. Die Regierung wird natürlich zuerst mit den Kabinetten in Verbindung treten müssen. England kommt dem Bimetallismus mehr als seit Jahrzehnten entgegen; dafür haben wir nicht bloß das Zeugnis Balfours. Die englischen Arbeiter, besonders die Trades-Unions, sind alle bimetalistisch gesonnen; (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Ich habe das immer so gelesen und muß es für richtig annehmen. Die Preise würden nicht steigen, meint Herr Barth, und setzt sich damit in Widerspruch mit dem Abg. Samberger. Steigen aber die Preise nicht, dann ist doch nicht zu begreifen, weshalb die Herren sich so gegen die Doppelwährung wehren. Die Währung ist doch nicht Selbstzweck; Währungen ändern sich gerade so, wie Regierungsformen. Außerdem haben wir ja nicht einmal die reine Goldwährung, wir haben noch eine Milliarde an Zahlern im Verkehr, immerhin auch eine ganz erhebliche Summe, wenn auch nicht ganz so viel wie in Frankreich. Der Rückgang der Preise ist lediglich auf die Demonetisirung des Silbers zurückzuführen.

Abg. Schorlau (Soz.): Graf Mirbach hat die Arbeiterfrage in die Debatte gezogen. Er ist dabei aber von Voraussetzungen ausgegangen, die nicht zutreffend sind. Er hat behauptet, daß die englischen Trades-Unions rein bimetalistisch sind. Woher weiß er das? Das gerade Gegenteil ist der Fall. Die Gewerkschaften in England und Amerika sind dazu viel zu vorgeschritten, nur die Minenarbeiter machen eine Ausnahme, weil sie selbstverständlich an der Selbstausbeute interessiert sind. Die Schutzzölle haben wir bekommen als Bollwerk für die Grundbesitzer und nicht wegen der Goldwährung. Die Agrarier waren Freihändler bis dahin, wo Deutschland zum Industriestaat überging. Fürst Bismarck war doch klüger als sein Sohn; er hat niemals an der Goldwährung getraut, wenn er auch 1879 unter dem Einfluß der agrarischen Interessen die Silberverkäufe einstellte. Es giebt keine Milliarde Thaler in Deutschland, das ist ein Irrthum des Grafen Bismarck, es sind nur 300 Millionen im Umlauf. Nicht die vorletzten sondern gerade die letzten 20 Jahre zeigen einen ungeheuren wirtschaftlichen Umschwung; mit keiner entgegengesetzten Behauptung dokumentirt Graf Bismarck nur seine Unkenntnis der Verhältnisse. Ich erinnere an den gerabegun phänomenalen Aufschwung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der ganzen Welt, an die enorme Ausdehnung des Eisenbahn- und sonstigen Transportwesens, des Bau- und Großbetriebes. Wenn man die Frage der Doppelwährung antwortet, um auf Grund einer einheitlichen internationalen Vereinbarung das Wertverhältnis zwischen Gold und Silber im Sinne der Bimetallisten zu regeln, so erscheinen immer zwei Stichworte auf der Bildfläche: Der kleine Bauer und der Arbeiter. Die Bauernschaft in Deutschland so gut wie im übrigen Europa und in Amerika leidet unter dem Preisfall. Gewiß. Aber der Preisfall erklärt sich aus den großen Veränderungen im landwirtschaftlichen Betriebe, aus der Umgestaltung der Produktion und dem Uebergange zur großkapitalistischen Wirtschaft. Der Preis wird bestimmt durch die Produktion des starken kapitalistischen Produzenten, und wenn dessen Produktionskosten steigen, so ist der Bauer wiederum der Preisgefallene. Die Konsequenz ist, daß er neue Schulden machen muß, bis die Katastrophe hereinbricht. Den Zusammenbruch dieses Betriebes können Sie mit einem solchen Palliativmittel nicht aufhalten. Für den Arbeiter wirkt aber der Bimetallismus eben so. In der anderen Weltwirtschaft braucht man doch keineswegs eine Menge baaren Geldes zur Belebung der Produktion, das baare Geld tritt im Gegentheil immer mehr zurück gegen den Giro- und Gekredetsehr. Wir haben jetzt eine Uebersättigung von Geld, von Reiskapital; der Zinssatz ist unendlich niedrig, und doch zieht niemand Geld zu produktiven Unternehmungen. Das beweist, daß die Behauptungen des Bimetallismus unrichtig sind. In Transvaal sind 1893 allein 50 Millionen Mark Gold gewonnen worden. Und dabei fängt jetzt erst die Goldproduktion an, rational betrieben zu werden. Der Wertverwertung der Massenartikel und der Lebensmittel, wie sie die Folge des Bimetallismus sein wird, kann der Lohn des Arbeiters nicht folgen. Professor Adolf Wagner bestätigt das ausdrücklich, und Herr Wagner ist eine konfessionell-nationalökonomische Autorität. Wenn die Preise steigen und das Geld entwerthet ist, müssen die Arbeiter eine Lohnsteigerung verlangen, aber sie erreichen im günstigsten Falle nur eine scheinbare Preissteigerung, in Wirklichkeit erhalten sie sich nur auf dem status quo ante. Und diejenigen Herren, welche diesen Antrag gestellt haben, sind diejenigen, welche die Umsturzvorlage wollen, sind Gegner des Koalitionsrechtes und der Vereinigungs-Freiheit. (Sehr richtig! links.) Und in Deutschland mit seinem rückständigen feudalen Koalitionsrecht können die Arbeiter nicht für den Bimetallismus sein. Sehen Sie doch nach Sachsen, wo jetzt Tag für Tag eine Arbeitervereinigung nach der anderen zerfällt wird; und die deutschen Arbeiter sollten solche Thoren sein, für den Bimetallismus einzutreten? Die Phrasen der Doppelwährungs-

männer bedeuten in Wirklichkeit Preissteigerung, Entlastung der Schuldner, indem sie weniger bezahlen in Silber als sie in Gold gepumpt haben. (Weiterkeit.) Wir haben kein Interesse daran, die Schulden der Agrarier zu bezahlen und für die Agrarier die Kasernen aus dem Feuer zu holen. Will man wirkliche Sozialpolitik treiben, so treibe man sie nicht im Interesse einer handvoll Agrarier und Groß-Unternehmer. Ich bin überzeugt, eine Münzkonferenz würde doch ausgehen, wie das Hornberger Schießen. Der Fürst Bismarck hat sich entschieden dagegen gewehrt, daß der Bimetallismus Oberwasser bekomme. Es scheint, als wenn die verbündeten Regierungen diesen Standpunkt verlassen wollen. Es wäre sehr nützlich zu erfahren, wie die Regierung sich zu diesem Antrag stellt. Die deutschen Arbeiter haben allen Anlaß, mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch, den Bimetallismus in Deutschland einzuführen, Front zu machen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Während des Eingangs der Rede des Abg. Schorlau verläßt die gesammte Rechte den Saal. Bei der hierdurch verursachten Unruhe und da der Redner nach rechts gewendet spricht, sind seine Ausführungen auf der Journalistentribüne nur zum Theil verständlich.)

Abg. Lieber (B.): Wenn Herr Schorlau von Tabaksteuer und Umsturzvorlage spricht, so wollen Sie doch erst abwarten, bis wir an die Tabaksteuer gekommen sind; und was die sogenannte Umsturzvorlage betrifft, so haben wir ja heute das Wort „Umsturz“ aus dem § 112 beseitigt. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir betrachten die Währungsfrage als eine sehr schwierige; wir sind damit nicht so schnell fertig wie Herr Schorlau oder Graf Mirbach. Was wir aber erkennen und anerkennen, das ist die schwere Schädigung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse auch durch die Währungs-wirren, die nun schon seit Jahrzehnten das wirtschaftliche Leben föhren und gefährden. Wir wollen den rechtlichen Versuch, durch eine internationale Regelung der Währungsfrage zu einer Lösung dieser Wirren zu kommen. Im Namen des Zentrums erkläre ich, daß wir mit besonderer Freude die Bestrebungen unterstützen haben, die der Antrag verfolgt.

Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe: Es ist in der Debatte mehrfach auf eine Erklärung des Reichskanzlers Werth gelegt worden. Ich will Ihnen diese Erklärung nicht vorenthalten; sie ist sorgfältig ausgearbeitet und ich hoffe, daß sie vom Hause wohlwollend aufgenommen werden wird. Es kann nicht meine Absicht sein, auf die Einzelheiten der Debatte einzugehen, da auch hier wieder die bekannte abweichende Anschauung vertreten worden ist, neue Momente aber kaum beigetragen werden können. Inbessin glaube ich doch, Ihnen die nachstehende Erklärung abgeben zu sollen: Ohne unserer Währung zu präjudicieren, muß man immerhin zugestehen, daß der zunehmende Werthunterschied zwischen den beiden Edelmetallen auch auf unser Erwerbsleben eine nachtheilige Wirkung ausübt. (Beifall.) In Verfolgung der Bestrebungen, welche zur Einberufung der Silberkommission geführt haben, bin ich deshalb geneigt, mit den verbündeten Regierungen in Erwägung zu ziehen, ob mit anderen an der Verwerthung des Silbers wesentlich beteiligten Staaten in einen freundlichen Meinungsaustausch über die Mittel zur Abhilfe einzutreten sein wird. (Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. Schluß nach 5 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der Verathung; Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über die Frage der Verhängung der Disziplinalgewalt des Präsidiums.)

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission füllte ihre gestrige Sitzung vollständig mit der Verathung über die Regierungsvorlage aus, welche für das württembergische Armeekorps einen Truppenübungsplatz verlangt, dessen Erwerbung mit 9 Millionen Mark in den Etat eingelegt ist. Während in der vorgestrigen Sitzung der Referent, Abgeordneter Gröber (B.), sich sehr entschieden gegen die Vorlage aussprach, ist über Nacht wieder einmal ein „Umsal“ in der Stimmung der ultramontanen Kommissionsmitglieder eingetreten. Vorgestern hatte der württembergische Kriegsminister in seiner anheimelnden gemüthlichen schwäbischen Mundart, die bisherige Weisheit der württembergischen Militärverwaltung rühmend, sich lebhaft für die Bewilligung des Übungsplatzes verwendet, aber in der Kommission keine Gegenliebe gefunden.

Die Verathung mußte vorgestern wegen Beginn der Plenarsitzung abgebrochen werden, und wurde gestern mit einer feurigen Befürwortung des württembergischen Abg. v. Göttingen (fr.) aufgenommen, der für sein Schwabenland reklamierte, was Preußen und Sachsen bewilligt sei. Diefem Landmann sekundirte Herr Groeder, dem über Nacht die Erleuchtung gekommen ist, daß man wenigstens 5 Millionen Mark für die Übungsbedürfnisse Württembergs bewilligen müsse. Das geschah gestern und heute geschehen ist, entzieht sich natürlich der Kenntnis der nicht in die Röhre der Zentrumsberren eingeweihten Abgeordneten; aber fest steht, daß die „Ueberzeugungsfähigkeit“ des württembergischen Kriegsministers einen glänzenden Triumph gefeiert hat, der nur insofern etwas beeinträchtigt wird, als es der Abg. Gröber dem Minister ungemein leicht gemacht hat, überzeugt zu werden. Gegenüber der zwischen Zentrum und Konservativen über Nacht getroffenen Abmachung, welche sich natürlich der bereitwilligsten Unterstützung der Nationalliberalen erfreute, hatte die Bewilligung des Abg. Richter, dem Abg. Gröber Inkonsequenz nachzuweisen, keinen Erfolg. Herr Gröber blieb dabei, er sei überzeugt worden und müsse deswegen heute für die Ausgabe von 5 Millionen Mark stimmen. Bei der Ausfertigung der Position selbst erfolgreich zu bekämpfen, zog sich Richter auf den Antrag zurück, den Betrag auf die Anleihe zu verweisen. Auch das gelang nicht; die Bewilligungsmehrheit der militärischen Kommissionsmajorität war so groß, daß die 5 Millionen auf die Einnahmen des Etatsjahres 1895/96 genommen wurden.

Eine interessante Mittheilung machte nach Schluß der Verathung des Militäretats der Abgeordnete Dr. Schäbler, ein fraktionslosge des Herrn Gröber. Herr Schäbler kündigte an, daß er bei der zweiten Verathung des Etats im Plenum den Antrag stellen werde, eine Summe in den Etat einzusetzen, um den Soldaten eine warme Abendkost zu gewähren. Der löbliche Zweck dieses Antrages wird natürlich allseitig anerkannt und unterstützt werden. Aber böse Leute wollen wissen, daß die gute Absicht des Zentrums dazu benutzt werden wird, den diebjährigen Etat so einzurichten, daß zur Deckung der Ausgaben neue Steuern nothwendig werden. Wie das Zentrum zur Tabaksteuer Umsalzung beim Zentrum zu Tage treten werden. Die ganze Haltung des Zentrums legt Zeugnis ab von großer Nachgiebigkeit gegen die Regierungsforderungen. Und da es immer nur der erste Schritt ist, der schwer fällt, so werden wir, nachdem es den Herren Lieber, Gröber und Genossen spielend gelungen ist, in der Budget- und in der Umsturzkommission das Opfer ihres Intellekts zu bringen, bald das Schauspiel erleben, wie die Zentrumsfraktion der Tabaksteuer und dem Rubeelgesetz über den Berg hilft.

Lokales.

Der Kampf gegen den allgegenwärtigen Umsturz fördert unter der Schaar unserer geängstigten Gegner zu allem Mißbrauch auch manchmal ein prächtiges Stück unfeindlichen Humors zu Tage. Von solcher zeitgemäßen Phantasie, die unbeschäftigt zum Lachen reizt, bringt die „Germania“ unter der Aufschrift „Der Vorwärts“ und die Kadetten“ ein hübsches Pröbchen. Wir lesen da:

Vor einigen Tagen war im „Vorwärts“, dem sozialdemokratischen Zentralorgan, die Sensationsnachricht zu lesen, wonach in der obersten Klasse der Kadettenanstalt zu Lichterfelde die Durchsicht der bei der Prüfung getriebenen worden waren, so daß die betreffenden Kadetten zu einem nochmaligen Examen verurteilt werden mußten. Von anderer Seite wurde diese Meldung theilweise bestritten. Eine ganz unerwartete Folge dieses Zwischenfalls ist nun aber, wie dem „Hamb. Kor.“ aus Berlin geschrieben wird, die Thatsache, daß seit der „Vorwärts“ bei den Kadetten von Lichterfelde ein gewisses Renommee erhalten hat. Es sonderbar es auch klingen mag: es haben bei den Zeitungsverkäufern auf den Bahnhöfen in den letzten Tagen viele Kadetten den „Vorwärts“ verlangt, und als sie ihn nicht ausgefolgt erhielten, da der Einzelverkauf des „Vorwärts“ auf den Bahnhöfen nicht gestattet ist, haben sie sich veranlaßt, ihren Bedarf an sozialdemokratischer Zeitungsliteratur bei den Verkaufsstellen in Berlin zu decken. Unter allen Umständen ist es sehr zu beklagen, daß durch die erwähnte Nachricht unter den Kadetten ein gewisses Interesse für das sozialdemokratische Zentralorgan erweckt werden konnte, und man wird an unzulänglicher Stelle gut thun, alles aufzubieten, um dieses Interesse wieder zu beseitigen. Wenn die Zeitung der lgl. Kadettenanstalt zu Groß-Lichterfelde es nicht zu verhindern vermochte, daß über einen so distreten Vorgang der sozialdemokratische „Vorwärts“ zuerst eingehende Mittheilungen in die Öffentlichkeit bringen konnte, so wird sie es zum mindesten verhindern müssen, daß der „Vorwärts“ Eingang in das Kadettenhaus.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ streicht mit saurer Miene folgenden Balsam auf die Wunde:

Thatsache ist, daß sich unter 330 Examinanden bei 16 in einer schriftlichen Arbeit ein übereinstimmender Fehler herausgestellt hat. Wer über Examen-Erinnerungen zu verfügen hat, weiß, daß dergleichen überall vorkommen kann. Um nicht über die 16 Prüflinge die Strafe der Relegation zu verhängen und mit den Schuldigen auch Unschuldige zu treffen, hat die Prüfungskommission angeordnet, daß die schriftliche Prüfung von sämtlichen Examinanden wiederholt werden soll, und zwar unter Verschärfung der Aufsicht, die dabei geübt wird. Die Lesart, daß zu diesem Zweck ein großer Theil der Prüflinge hätte zurückverwiesen werden müssen, ist nicht zutreffend. Es ist dies nur bei wenigen nothwendig gewesen. Gänzlich haltlos sind die Versionen, welche im Zusammenhang mit dieser zu einer Sensation ersten Ranges ausgebauchten Geschichte von dem Eindringen sozialdemokratischer Tagesliteratur in die Kadettenanstalt in Lichterfelde fabeln. Blätter, welche dergleichen tendenziöse Darstellungen weiter verbreiten, ordnen ihre besseren Interessen bewußt oder unbewußt lediglich den Geschäftszwecken des „Vorwärts“ unter.

Die hat es dem umsturzfördernden Hamburger Korrespondenten aber gegeben!

Tasmi-Hohenzollern? Servile Blätter zerbrechen sich den Kopf über die Frage, aus welchem Material die Hohenzollern-Fluren in der Siegesallee hergestellt werden sollen. In ihrem Eifer kommen diese Organe dabei auf Vorschläge, die ihrer Frömmigkeit alle Ehre machen müßten, die jedoch andererseits in bedauerlichem Grade die Devotion vermissen lassen, die jeder Kaiser, dem ein echt preussisches Herz in der Brust schlägt, pflichtmäßig allen todtten Landesfürsten entgegenzubringen hat. So will man in der „Post“ die Hohenzollern statt aus Erz oder Marmor aus schändem Jintgus fabrizieren und dann mit weißer Farbe überstreichen lassen. Bringt das nicht an Majestätsbeleidigung? Wir wollen Herrn v. Stumm baldige Genesung wünschen, damit er schleunigst mit einem Donnerwetter unter die Schaar seiner respektlosen Preklatoren fahre.

Sehr elend muß die Große Berliner Pferdebahngesellschaft daran sein, deren Aktionäre sich für das verfloßene Jahr mit der Bagatelle von 12 pSt. Dividende begnügen müssen. Auf den Bahnhöfen der Gesellschaft sind geschriebene Plakate angehängt, welche den Kutschern und Schaffnern bekannt geben, daß ihnen die gestellte Kautionsfortan nicht mehr mit 4 pSt. sondern nur mit 3/4 pSt. per Anno verzinst werde. Die Kautionsfortan beträgt für Kutscher 45 M. und für Schaffner 100 M. Ob die Gesellschaft auf diese Weise an dem Gelde der Angeheften das Geschäft machen will, das ihr bei der vortheilhaften Abonnementtarifen-Ausgabe nicht glücken wollte?

Reichstags-Präsident v. Levetzow erschien am Donnerstag Nachmittag auf der Journalistentribüne, wo er sich längere Zeit aufhielt und Gelegenheit nahm, die Beschwerden der Journalisten über die mangelhafte Einrichtung der Tribüne und die schlechte Kunst aus eigener Erfahrung kennen zu lernen. Auch die für die Journalisten eingerichtete Restauration unterwarf Herr v. Levetzow einer eingehenden Inspektion. Auf die Erkundigung des Herrn v. Levetzow nach den „Ehverhältnissen“ antwortete die eine der Buffetdamen, die in dem Präsidenten einen Gast von der Tribüne vermutete: „Ich kann Ihnen Gidslein empfehlen!“

Im Passage-Vanoptikum tritt von heute ab eine Spezialität eigener Art auf. Es ist dies ein Riesentkade aus Kreme, der trotz seiner zehnjährigen Jugend bereits das respectable Gewicht von 136 Pfund erreicht hat. Das arme Kind, das bei den Anthropologen gewiß bedeutendes Interesse erregen wird, ist dadurch noch besonders merkwürdig, daß ihm an jeder Hand sechs Finger gewachsen sind.

Ueber das neue „Volkstheater“ im Südosten wird berichtet, daß es von der Neuen Berliner Sängergesellschaft auf dem Grundstück Reichenbergerstraße 34 errichtet werden soll.

Eine Sonderausstellung von kirchlichen Wand- und Glasmalereien des Mittelalters ist gestern im Kunstgewerbe-Museum eröffnet worden. Dieselbe besteht aus Zeichnungen und farbigen Aufnahmen.

Die freie Arztwahl vor der Kerkstammer. Die Kerkstammer Berlin-Brandenburg tagte gestern im Beisein des Oberpräsidenten v. Achenbach und des Regierungs-Präsidenten Schumann, um zur Frage der weite Kreise interessirenden freien Arztwahl endgültig Stellung zu nehmen. Auf der Tagesordnung standen folgende Thesen:

Die Kammer möge beschließen, zu erklären:

1. a) Die Verfügung der Berliner Gewerbe-Deputation vom 18. Dezember 1894, durch welche einzelnen Berliner Krankenkassen unter Androhung einer Ordnungsstrafe verboten wurde, mit dem Verein der freigewählten Kassenärzte einen Vertrag zu erneuern beziehungsweise abzuschließen, sofern nicht die dem Verein angehörenden Ärzte sich bereit erklären, einen Sondervertrag mit der Kasse abzuschließen, während der Vorstand der Kasse nicht die Verpflichtung hat, jeden beliebigen Arzt, welcher ihm als Vereinsmitglied vorgestellt wird, auch als Kassenarzt zu akzeptieren, entbehrt der gesetzlichen Grundlage.

b) Die Art des Vorgehens der Gewerbe-Deputation, insbesondere der späte Termin der Verfügung widerspricht der billigen Rücksicht, die nicht nur die unmittelbaren Kasseninteressen, sondern auch die Kerkte von der kommunalen Aufsichtsbeförde erwarten dürfen.

II. Die Beziehungen zwischen Kerkten und Krankenkassenmitgliedern werden im beiderseitigen Interesse durch die

freie Arztwahl am besten geregelt. Die Kassenmitglieder haben ein Recht auf freie Arztwahl als der besten Form der ärztlichen Hilfe für ein erkranktes Kassenmitglied. Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des ärztlichen Standes wird allein durch die freie Arztwahl gewährleistet.

Ein Abänderungs-Anttrag des ersten Referenten, Herrn Mugdan, geht dahin, in These I zu setzen: „Die Verfügung . . . kann als guttugend nicht anerkannt werden und bedarf dringend der Ablehnung.“ Diese mildere Form der Fassung erzielte sich der besonderen Anerkennung des Oberpräsidenten, welcher die Aussicht auf eine Verständigung zwischen Behörde und Kerktschaft nicht aufgeben möchte.

Gleichwohl gab die Kerkstammer durch einstimmige Annahme der Thesen ihr Votum zu Gunsten der freien Arztwahl ab. Herr Mugdan bestritt die Berechtigung der städtischen Behörde, jene Verfügung zu erlassen, und wies vor allem darauf hin, daß die Gewerbe-Deputation den § 26a des Krankenkassen-Versicherungsgesetzes, wonach die Kassen nur mit „bestimmten“ Kerkten verhandeln dürfen, ganz einseitig aufgefaßt habe. Durch Annahme genau festgesetzter Statuten und Bedingungen seien die Mitglieder des „Vereins der freigewählten Kassenärzte“ in die Lage versetzt, sich als „bestimmte“ Kerkte zu gerieren.

Das Vorgehen des Magistrats biete aber nicht nur juristische, sondern vor allem ethische Bedenken. Nachdem die freie Arztwahl drei Jahre lang zur vollen Zufriedenheit der Kassenmitglieder bestanden habe, unbefriedigt durch die Behörden, haben diese plötzlich dieses beliebige System bei einer Anzahl von Orts-Krankenkassen auf, indem sie sich von herrschenden Kassenvorständen und unzufriedenen Kerkten zur Erreichung von Sonderinteressen mißbrauchen lassen. Die Kassenmitglieder wünschen unter allen Umständen die freie Arztwahl, und ihre Unzufriedenheit wird durch die Magistratsverfügung nur geschürt.

Der zweite Referent, Herr Kähler, wandte sich gegen die vom Magistrat so warm befürwortete beschränkte freie Arztwahl, wie sie von den etwa 200 Mitgliedern des neu gegründeten „Vereins der Berliner Kassenärzte“ ausgestellt wird. Diese Zahl reicht bei weitem nicht aus, um Berlin und seine Vororte zu versorgen. Im übrigen widerlegte der Redner die von gegnerischer Seite gegen die freie Arztwahl geltend gemachten Bedenken an der Hand genauer Zahlenangaben.

In der Diskussion griffen sämtliche Redner energisch das sonderbare Vorgehen der Gewerbe-Deputation an und sprachen dem von derselben geleisteten Bericht jede Beweiskraft ab. Aller Ansicht gipfelte darin, daß die freie Arztwahl als solche nicht für den etwaigen finanziellen Mangel gewisser Kassen verantwortlich zu machen sei; einzelne größere Kassen, wie die der Kaufleute, Maschinenbauer und Maurer, hätten sich bisher sogar recht gut bei der freien Arztwahl gehalten. Jedenfalls ist die Gewerbe-Deputation — so resümierte Prof. Meinel unter dem Beifall der übrigen Kammermitglieder — nicht im Stande gewesen, den wahren Sinn des Krankenkassen-Versicherungsgesetzes zu verstehen, sondern hat dasselbe lediglich als ein Polizeigesetz aufgefaßt; es ist zu bedauern, daß diese Verfügung von einer (freisinnigen!) Behörde ausgegangen ist, welche auf dem Wege der Selbstverwaltung aufgebaut ist.

Die Winternoth des Wildes hat sich, wie aus verschiedenen forstwirtschaftlichen Gegenden der Mark berichtet wird, infolge der strengen Kälte ganz erheblich gesteigert. Freund „Campe“ wagt sich schon bis in die Vorgärten, um die letzten Reste stehengebliebener Kohlenstränke oder dergleichen heranzufischen. Das Hochwild, welches hundertlang an geschützten Plätzen stehend zu beobachten ist, scharrt im Schnee, um dürrer Heidekraut zu finden und kommt des Nachts bis in die Nähe der menschlichen Wohnungen. Und selbst die sonst schoneften Vögel suchen so nahe wie möglich bei den Wohngebäuden geschützte Stellen und Nahrung auf, welche ihnen fast überall nur noch die Mühseligkeit der Menschen bieten kann. — Ob die Mühseligkeit der besitzenden Menschen sich an den Thieren besser bewährt, als an den Armen ihres eigenen Geschlechts?

Die bayerischen Städte Hof, Kulmbach, Ansbach und Bamberg sind von heute ab zum Spracherkehr mit Berlin zugelassen worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt 2 M.

In der Spandauer Volksbühne ist es aufgeführt, daß der Auswärtigen des Diebes die Auffindung des Geldes so leicht gefallen ist. Das hat sich nun folgendermaßen zugetragen: Das junge Mädchen brachte die Nacht in der Regel im Hause der Eltern zu; in der kritischen Nacht war sie aber bei der Dienerschaft geblieben und schlief in der Küche. Als Stills nach 3 Uhr vom Dienste heimkehrte, wurde sie wach und hörte, daß er einen Schlüssel von der Wand nahm und wieder hinabging. Sie vermutete richtig, daß er sich nach dem Keller begeben hatte. Als sie nun von dem Diebstahl Kenntniß erhielt, schloß sie Verdrach, der noch verflücht wurde, nachdem sie gesehen, daß jemand an den Kohlen sich zu schaffen gemacht. Sie suchte dann auf eigene Faust nach, wie bekannt, mit überraschendem Erfolge, nachdem die vorher statgehabte Hausdurchsuchung der Polizei ergebnislos gewesen war.

Der Schnellzug Berlin-München, der um 6 Uhr 33 Minuten auf dem hiesigen Bahnhofs Freitag früh fällig war, ist erst mit etwa dreißigminütiger Verspätung eingetroffen. Er war bei Bamberg entgleist. Soweit hier bekannt, sind Menschen nicht zu Schaden gekommen. Die genaue Ursache des Unfalls ist noch nicht zu ermitteln gewesen.

Der Lehrer der semitischen Sprachen an der hiesigen Universität, Professor Oberhard Schrader, ist von einem Schlaganfall betroffen worden.

Ein Straßengehender entflohen. Der Schlächtergeselle Paul Kurth, der sich in Diebstahl in Mecklenburg in Straftat befand, wurde gestern durch einen Transporteur nach Berlin geschickt, um sich vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I wegen Erpressung zu verantworten. Auf dem Stettiner Bahnhof gelang es dem Mann, zu entkommen.

Selbstmord hat der Inhaber der Celluloidwaaren-, Stock- und Schirmgriff-, Kurz- und Galanteriewaaren-Fabrik in der Wilhelmstr. 124, namens Sigmund Kohn, begangen, dessen Wohnung in der Mittelstraße 24 in Charlottenburg belegen ist. Am Donnerstag Morgen um 10 1/2 Uhr betrat die Expedientin K. aus der Andreasstraße das Fabriklokomptoir im ersten Stock des Ouergebäudes und fand ihren Prinzipal auf einem Stuhle sitzend in den letzten Jagen vor. Ein sofort hinzugezogener Arzt konnte nur noch den eingetretenen Tod feststellen und war der Ansicht, daß Kohn durch Gift geendet habe, obgleich Reste davon nicht zu entdecken gewesen sind. Das St. Polizeirevier hat die Leiche beschlagnahmt und nach dem Schaubause bringen lassen. Ueber die Veranlassung zur That ist bis jetzt nichts Bestimmtes bekannt. Man will wissen, daß Kohn in geregelten Vermögensverhältnissen gelebt habe. Für einen geplanten Selbstmord spricht die in dem Hause verbreitete Nachricht, daß Kohn einem Reisenden, der am Donnerstag früh Berlin auf längere Zeit geschäftlich verlassen sollte, am Mittwoch Abend Gegenbesuch gegeben habe. Kohn war seit etwa zwei Jahren verheiratet und hinterließ Frau und Kind.

Gegen einen Rechtsanwalt K. vom Landgericht I schwebt sowohl bei der Ehrenrath der Anwaltskammer, als auch bei der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Mißthigung gegen einen Börsenmann. K. soll an der Börse spekuliert und schon früher bei Klagen wider ihn den Einwand erhoben haben, daß die Schuld infolge von Differenzgeschäften entstanden und daher nicht einlagbar sei. Jetzt soll er einem Börsenmann die Summe von 135 000 M. schulden und die Klage in unzulässiger Weise zu hinterziehen versucht haben.

Arbeiter-Risiko. In den Jahreshauschacht gestürzt ist am Mittwoch Mittag der Arbeiter Hermann Schwabe, der in der Goldleiten- und Spiegelabrik von Ködlich in der Beuthstr. 6 beschäftigt war. Er wollte vom ersten Stock eine Türe nach unten übersteigen, hat das Gleichgewicht verloren und ist abgestürzt. Er mußte nach der Unfallstation am Mariannenufer gebracht werden.

Eine blutige Messeraffäre hat sich vor einigen Tagen in dem bei Kallberge-Nüdersdorf belegenen Dorfe Hergelbe abgespielt. Der Klempnermeister Wendland hatte am vorigen Sonnabend einen Rasenball mitgemacht und gerieth in angetrunkenem Zustande auf dem Nachhausewege mit dem ältesten Sohn des Expedienten Henze in Streit. W. ergriff das Messer und stach den jungen Mann mehrere Male in den Unterleib, so daß der Schwerverletzte, der lebensgefährlich verwundet ist, nach Auflegung eines Rothorbandes mittels Bahn nach dem Krankenhaus Bethanien geschafft werden mußte. W., der verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist, im nüchternen Zustande seine That bitter bereute, wurde nach dem Amtsgerichts-Gefängnis in Nüdersdorf überführt.

Ein „Herdewurst-Fabrikant“, der sich großen Zulaufs erfreute, ist in der Person des in Nixdorf wohnenden Schlächtermeisters E. ermittelt worden. Gegen E. ist bereits das Strafverfahren wegen Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz eingeleitet. Er war von zwei entlassenen Gefesseln denunziert worden.

Die Einbrecher, die in der Nacht zum 12. d. M. in den Geschäftsladen eines Uhrmachers in der Brunnenstraße vom Keller aus durch den Fußboden eingedrungen waren und für 3000 M. Goldsachen aus dem Schaufenster gestohlen haben, sind von der Kriminalpolizei ermittelt worden. Die Polizei hatte in Erfahrung gebracht, daß ein Schlächter Dauer Goldsachen trug, und es war weiter ermittelt, daß er in letzter Zeit mit einem Manne vielfach verkehrt hatte, der wohl seiner kleinen Gestalt wegen in der Verbrecherwelt den Beinamen „Pipel“ führt. Weiter ist ermittelt, daß beide einen Koffer nach dem Stettiner Bahnhof gebracht und dort in Verwahrung gegeben hatten. Als sie festgenommen wurden, fand man bei ihnen fünf Pfandscheine über verleihte Uhren und den Aufbewahrungsschein über den Koffer vom Stettiner Bahnhof. In dem Koffer befanden sich die sämtlichen gestohlenen Goldsachen mit Ausnahme der vorerwähnten Uhren, so daß der Uhrmacher sein Eigentum zurück erhalten hat. In „Pipel“ ist ein Buchbinder Walter ermittelt, der mit seinem Komplizen Dauer in Verbrechenslokalen bekannte Persönlichkeiten sind.

Von einem Postwagen überfahren und schwer verletzt wurde am Donnerstag Nachmittag um 2 Uhr auf dem Spittelmarkt der 15 Jahre alte Schreiber Franz Priemel, der Mariannenstraße 35 bei den Eltern wohnt.

Polizeibericht. Am 14. d. M. fiel ein Mädchen in der Luisenstraße hin und erlitt einen Bruch des Kniegelenks am linken Fuße. — In der Königsgräberstraße gerieth die Ladung eines Holzwarens anscheinend infolge ungenügender Befestigung ins Rollen. Der darauffolgende Kutscher stürzte dabei herab, wurde überfahren und am Unterarm schwer verletzt. — Ein Kaufmann hat sich in seinem, in der Wilhelmstraße belegenen Geschäftsräume vergiftet. — Auf dem Hofe eines Grundstücks der Lindenstraße schlug infolge eines Streites ein Kordmacher einen Maurer mit einer Wagnersäge über den Kopf und fügte ihm eine schwere Gehirnerschütterung zu. — Nachmittags gerieth auf dem Spittelmarkt ein Mann unter einen Postwagen und wurde durch Überfahren anscheinend schwer verletzt.

Witterungsübersicht vom 15. Februar 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Meeresfl.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius. (nach Celsius.)
Swinemünde . . .	—	NO	5	heiter	— 3
Bamberg . . .	772	NO	3	bedeckt	— 6
Berlin . . .	768	NO	4	bedeckt	— 2
Biesbaden . . .	768	Still	—	wolkig	— 7
München . . .	768	SW	4	halb bedeckt	— 14
Wien . . .	764	W	3	Schnee	— 8
Opavanda . . .	774	W	4	bedeckt	— 10
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Cort . . .	768	SO	8	bedeckt	1
Aberdin . . .	777	SO	4	halb bedeckt	1
Paris . . .	765	NO	3	wolklos	— 12

Wetter-Propgnose für Sonnabend, 16. Februar 1895. Vielfach heiteres, zeitweise wolkiges Wetter mit etwas strengem Frost und mäßigen nordöstlichen Winden; keine oder unbedeutende Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Das Schiller-Theater wiederholt Sonntag, den 17. Februar, zum 4. Male im Bürger-Saal des Rathhauses den Reine. Abend. Den Vortrag hält Reinhold Ortmann. Für den 24. Februar ist ein Reuter-Abend angelegt. Den Vortrag hält Eugen Abel. Es ist dies der erste Dialekt-Vortrag, den das Schiller-Theater in seine Dichter-Abende aufgenommen hat.

Im Alexanderplatz-Theater wird Ende dieses Monats das Drama „Konrad von Marburg“ von Wolff und Kassel aufgeführt werden.

Das böse Gewissen. Hauptmann's „Weber“, die im Mangoni-Theater in Mailand zur Aufführung kommen sollten, sind von der Mailänder Polizei „als zur öffentlichen Darstellung nicht geeignet“ bezeichnet und demgemäß vom Spielplan abgesetzt worden. Die Kritiker der Polizei und der Präsektur erklärten das Werk für „unmöglich“, weil der Weber auf Grund viel Ähnlichkeit habe mit den vorjährigen Ereignissen in Sizilien und in der Lunigiana.

In Brüssel ist der bekannte Maler Jean Portaels, einer der Meister der belgischen romantischen Malerschule, gestorben. Nachdem er in Paris unter Delacroix studiert, wurde er 1853 an die Ephe der Akademie von Gent gestellt und 1863 zum Direktor der Brüsseler Ecole des Beaux-Arts ernannt. Als solcher hat er eine bedeutende Rolle gespielt, indem fast alle jetzt lebenden namhaften Maler der belgischen Schule seine Schüler waren.

Gerichts-Beifung.

Und wiederum ein Nachtwächter auf der Auflagenhaut! Eine empörende Ausbreitung in Ausübung seines Amtes führte heute den Gemeinde-Nachtwächter von Schöneberg, Bernhard Bugenhagen wegen Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeuges und einer das Leben gefährdenden Behandlung vor die zweite Strafkammer am Landgericht II. Am Abend des 2. August v. J. zwischen 11 und 12 Uhr kehrte der im Kartographischen Institut der Landesaufnahme angestellte Litograph Ernst Siebeneich nach seiner in der Barbarossastrasse zu Schöneberg belegenen Wohnung heim. Er hatte seinen Handschloß bei sich und klopfte seiner Frau mit den flachen Händen. Da diese aber nicht hörte, rief er zweimal nach dem Wächter, der aber nicht reagierte, obwohl er nur zwei Häuser entfernt stand und mit der Frau Restaurateur Kaufmann plauderte, so ging Siebeneich an den Wächter heran und sagte scherzhaft: „Wächter, ich habe Sie schon zweimal gerufen! Wenn Sie aber pösseln, dann ist es kein Wunder, wenn Sie nicht hören!“ Statt aller Antwort gab der Wächter dem S. einen

Stoß, so daß dieser auf die Straße flog. Er raffte sich auf und wollte zur Polizei gehen, besann sich aber, lehrte zurück und sagte: „Den Stoß werde ich Ihnen besorgen!“ Der Wächter folgte ihm einige Schritte und gab ihm dann von hinten einen Stoß, so daß er in weitem Bogen 5-6 Schritt weit auf den Damm flog, und zwar mit solcher Wucht, daß er wie leblos liegen blieb. Dann trat der Wächter an ihn heran, hieb mehrere Male mit dem Säbel auf den Kopf, und wehrlos am Boden Liegenden ein und gab ihm zum Schluß einen schweren Fußtritt in das Gesicht. Den Vorgang hatten in der besten Sommernacht mehrere Anwohner beobachtet. Die Empörung war so groß, daß einer der Anwohner im Hemde aus dem Fenster sprang, um dem Mißhandelten beizustehen. Der Wächter rief ihm jedoch entgegen: „Machen Sie, daß Sie wieder hineinkommen! Sie haben ja doch nichts gesehen!“ In diesem Augenblicke rief aber der nicht minder empörte Hofkammersekretär Herrmann von seinem über dem Thorste liegenden Balkon herab: „Aber ich habe es gesehen und werde es bezeugen!“ worauf der Wächter verschrieene höhnische und beleidigende Worte nach dem Balkon hinaus schrie. Unterdessen hatten Leute den Verletzten durch Besprengen mit Wasser zum Bewußtsein gebracht. Als nun der Wächter einen der Zeugen arreztirte, wollte Siebeneich mit zur Wache gehen. Der Wächter aber gebrauchte die Nothpeife, mehrere Straßenreiniger kamen hinzu und schleppten ihn mit Gewalt zur Wache, wohin er freiwillig gehen wollte. Er ist vierzehn Tage arbeitsunfähig gewesen. Daß eine Ohrschlägung war ihm durchstochen, beide Augen waren hart verschwollen und endlich hatte er mehrere Kopfverletzungen erlitten. Der Wächter wurde nun zwar unter Anklage gestellt, doch Siebeneich mußte ihm Gesellschaft leisten, denn Jean Hausmann hatte Strafantrag gestellt, weil sie sich durch die an den Wächter gerichteten Worte: „Wenn Sie hier pöblen“ — beleidigt fühlte. Der Wächter legte sich aufs Weigern, womit er seine Lage nur verschlimmerte, so daß es der warmen Vertheidigung des Rechtsanwalts Dr. Löwenstein nicht gelang, ihm mildere Umstände zu erwirken. Der Staatsanwalt beantragte anderthalb Jahre Gefängnis und Abkennung der Befähigung zur Verleihung eines öffentlichen Amtes auf drei Jahre. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Venschhoff, führte in der Urtheilsbegründung aus, daß der Angeklagte in ganz unerhörter Weise seine Amtspflicht verletzt habe. Den Beamten werde gefehlt der weitgehendste Schutz gewährt, deshalb hätten sie aber erst recht die Pflicht, sich zu beherrschen. Das Urtheil lautete daher auf 1 1/2 Jahre Gefängnis. Von der Abkennung der Befähigung zur Verleihung eines öffentlichen Amtes wurde Abstand genommen, da der Angeklagte noch unbescholten, sonst tüchtig gewesen und gereizt worden war. Die Erledigung dieser Frage wurde der vorgesetzten Behörde überlassen. Siebeneich wurde wegen Verleumdung mit 3 M. Geldstrafe bestraft.

Polizeibevormundung auf der Bühne. Die bekannte Polizeiverordnung betreffend die Aufführung von Theaterstücken in Gemäßheit des der Polizei einzureichenden Textes kam gestern gegen den Theaterdirektor Max Samst vor der 148. Abtheilung

des Schöffengerichts zur Anwendung. Dieselbe Verordnung hat seinerzeit zu ergöhligen gerichtlichen Verhandlungen gegen den Direktor Frische und den Sänger Bellof geführt, neuerdings hat sich Fr. Kettly in Wien gegen eine gleichartige Verordnung der Wiener Polizei vergangen. Im vorigen Herbst wurde in dem Theater des Herrn Max Samst ein Stück unter dem Titel „Die Bucherer von Berlin“ aufgeführt. Einer der Darsteller erlaubte sich nun eine kleine wichtige Abweichung von dem polizeilich geprüften Text. Bei dem Stichwort eines Darstellers: „Das ist ein Berliner Bucherer!“ fiel ein anderer mit den Worten ein: „Nein, das ist ein Pariser!“ Es sollte dies eine Anspielung auf den flüchtig gewordenen Kaufmann Pariser sein. Die Polizei war mit dieser Abweichung von dem Urtext nicht einverstanden, sie nahm den dafür verantwortlichen Direktor in eine Geldstrafe. Es wurde richterliche Entscheidung beantragt, welche aber trotz der Ausführung des Vertheidigers, daß nur eine kleine harmlose Improvisation vorliege, zu ungunsten des Angeklagten ausfiel, denn das Urtheil lautete auf 3 M. Geldstrafe.

Noch ein Wucherprozeß. Dieser Tage ist die Verurtheilung gegen den Oberamtmann Krause, der beschuldigt wird, Erpressungen bei hiesigen Geldverleihern ausgeführt zu haben, nunmehr geschlossen. Ungefähr 60 Zeugen sind vernommen worden. Die Anklage soll in nächster Zeit erhoben werden.

Vom Pariser Erpressungsprozeß wird weiter vom Donnerstag berichtet: Der Zeuge Bertrand versuchte ebenfalls mit seinen Aussagen zurückzuhalten. Auf die strenge Vorhaltung des Vorsitzenden gab er indessen zu, daß er Voraltis Geld gegeben habe, um seinem Vorgehen gegen die Cercles ein Ende zu machen; ebenso habe er auch an Dreyfus und Canivet Geld gegeben, weil er deren Einfluß und ihre Drohungen fürchtete. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben. Das Verhör wird morgen fortgesetzt.

Vermischtes.

Zur Wetterlage bringt Wolffs Telegraphenbureau folgende Meldungen: Kopenhagen, 15. Februar. Starker Ostwind treibt heute schweres Sees von dem Hafen von Gdberg fesselt. Der Hafen ist somit für Exportdampfer wieder passierbar. — Budapest, 15. Februar. Infolge neuerlicher Schneeverwehungen werden aus verschiedenen Landestheilen vielfache Verkehrsstörungen gemeldet. — Konstantinopel, 15. Februar. Infolge neuerlicher Regengüsse ist der Arbasch angeschwollen. Die provisorischen Vorrichtungen zur Ermöglichung des Flußüberganges für Bahnreisende wurden weggerissen. Der Eisenbahnverkehr ist unterbrochen. — Madrid, 15. Februar. Aus einem großen Theile des Landes werden bedeutende Ueberschwemmungen gemeldet. Der Guadalquivir hat bereits 2 Meter über den normalen Stand. Ein Theil von Sevilla steht unter Wasser; auch andere Flüsse sind stark angeschwollen. Die Stadt Murcia ist schwer bedroht.

Wie jetzt sind zahlreiche Personen erkrankt. Der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

Zum Untergang der „Elbe“ liegen folgende Nachrichten vor: London, 15. Februar. Die zur Untersuchung über die Kollision der Schiffe „Elbe“ und „Gratie“ bestimmte Kommission wird ihre Arbeiten vorerst noch nicht beginnen können, weil die in Lowestoft vorzunehmende Leichenschau noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Kommission wird aus den ersten Autoritäten Englands bestehen. Daren, 15. Februar. Die Witwe des mit der „Elbe“ verunglückten Fabrikanten Walter Schüll hat eine durch das Ableben ihres Gatten fällig gewordene Versicherungssumme von 100 000 Mark für Wohltätigkeitsstiftungen bestimmt. Ein Theil dieser Summe wird den Hinterbliebenen der auf der „Elbe“ Verunglückten überwiesen; im übrigen ist noch nicht darüber verfügt, welchen Wohlfahrts-Einrichtungen die betreffenden Gelder zugewendet werden.

Ein furchtbarer Schneesturm hat im Gebiete der kleinen Karpathen den Verkehr auf der Linie Preßburg-Tyrnau und auf den Nebentrecken vollständig unterbrochen. Auch in Temeswar herrschte am Donnerstag ein bestiger Schneesturm. Infolge des milden Wetters während der letzten Tage überluthete der Vega-Fluß mehrere Straßen der Stadt, die Orte der Umgegend sind bedroht. Die erforderlichen Schutzmaßregeln sind getroffen.

Ueber ein Eisenbahnunglück wird aus Bamberg vom Freitag gemeldet: Der gestern Abend um 9 Uhr 55 Minuten fällige Münchener Schnellzug ist 500 Meter vor dem Bahnhof infolge des Bruchs einer Stützstange entgleist. Die Maschine stellte sich seitwärts, die Wagen kamen neben dem Geleise zum Stehen. Verletzt wurde niemand. Die Passagiere mußten umsteigen. Auch heute während des ganzen Tages ist ein Umsteigen erforderlich.

Ein internationaler Gauner. Der „Pester Lloyd“ meldet aus Wlaga: Auf Verlangen der Budapest Polizei wurde hier der russische Unterthan Jostoff Jwanoff verhaftet. Jwanoff ist identisch mit dem berühmten Einbrecher Jovan Nikitsch, dem Haupt der in Budapest ermittelten internationalen Verbrecherbande.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Bis zu Buchstaben oder eine Bahnanschrift), unter der die Antwort erteilt werden soll.

Titus. Eine Milliarde hat 9 Billion 12, eine Trillion 18, eine Quadrillion 24 Nullen u. s. w.

Nr. 100, Goldberg: Sie werden schriftliche Antwort erhalten. Die Sache muß erst geprüft werden.

Stidell. Wenden Sie sich an Herrn Stadtrath Struwe im Rathhaus.

Schneider. Die Zusendungen müssen mit dem Stempel der Kommission versehen sein, wenn sie aufgenommen werden sollen.

Briefkasten der Expedition.

G. S. Broschüren alle verandt. Einige Empfänger haben Annahme verweigert.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 16. Februar. Opernhaus. Der Prophet. Schauspielhaus. Die die Klitsungen. Deutsches Theater. Der Mann im Schatten. Berliner Theater. Die Kinder der Exzellenz.

Kessing-Theater. Aus Berlin W. Neues Theater. Liebe von deut. Residenz-Theater. Hernand's Ehekontrakt.

Theater Unter den Linden. Der Proletus.

Schiller-Theater. Kabale und Liebe. Fellsalliance-Theater. Verliebte Mädchen.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Obersteiger.

Adolph Ernst-Theater. Ein fideles Korps.

Central-Theater. Unsere Rentiers.

National-Theater. Die lebende Brücke.

Alexanderplatz-Theater. Die Königstochter als Bettlerin.

Freischallentheater. Spezialitäten. Vorstellung.

American-Theater. Spezialitäten. Vorstellung.

Apollo-Theater. Spezialitäten. Vorstellung.

Kaufmann's Variété. Spezialitäten. Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)

Wallner-Theaterstrasse.

Sonnabend, 16. Februar, abds. 8 Uhr: Kabale und Liebe.

Sonntag, 17. Februar, nachm. 3 Uhr: Die Burggräfin. Frankenkampf.

Abends 8 Uhr: Der zerbrochene Krug. Frankenkampf.

Dichter-Abende. Im Bürgerlaube des Rathhauses, abds. 7 1/2 Uhr: Heinrich Heine-Abend.

Abonnementhefte werden täglich 11-1 und 6-8 Uhr abgegeben.

Central-Theater

3te Jakobstraße Nr. 30.

Sonnabend, den 16. Februar: Novität! Zum 1. Male: Novität!

Unsere Rentiers.

Große Feste mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannstädt und Julius Freund.

Musik von Julius Gindshofer.

In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

1. und 4. Akt: Papendick's Prachtfälle. 2. Akt: Altes deutsches Zimmer in Papendick's Villa. 3. Akt: Vor dem Jagdschloß Grunewald.

Anfang 1/8 Uhr.

Morgen Sonntag: Zum 2. Male: Unsere Rentiers.

Adolph Ernst-Theater

Auftreten der ersten Pionette.

u. Courbette-Tänzerin Englands vom Prince of Wales-Theater in London.

Ein fideles Korps.

Große Gesangsposse mit Tanz.

Nach dem englischen Original „A Gaiety Girl“ von Jones Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren.

Vorher:

Gefindeball.

Schwank in 1 Akt von Ed. Jacobson und Jean Kren.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 192.

Sensationelle Novität!

Wasserspiel der amerikanischen Gesellschaft William Calder

(Direktion G. Verstraeten u. M. Volini).

Die lebende Brücke.

(The span of life.)

Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), neuen Dekorationen und Kostümen, nach dem Englischen von Sutton Bone, übersetzt von G. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedemann.

Elektr. Beleuchtungsapparate v. Salomsky.

Regie: Max Samst.

Rassendöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Sonntag, den 17. Februar, nachm. 3 Uhr: Spiritismus. Drama in drei Akten von Carl Wald. Arrangirt vom Verein „Psyche“! Willst du mit Wovorkauf bei Carl Sigismund, Wauerstraße 88, und Gustav Müller Nachf., Friedrichstr. 108, zu haben.

„Sanssouci“

Rottbuserstraße 4a.

Jeden Sonntag u. Donnerstag:

Stettiner

Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)

Anfang Sonntag 7 Uhr.

Entree 50 Pf.

Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate.)

Durchweg neues Programm.

Steidl Coloratur-Sängerin.

als:

Dionast:

Böhmisches Brauhaus

Herren-Hüte 1,25

Herren-Lodenhüte 1,10,

neueste Facens verkauft das Fabrik-

comptoir, Georgenkirchstr. 5 II.

Parodie-Theater

Oranien-Straße 52 (am Morichpl.).

Madame Sans-Gêne.

Vorher:

Grand Café Unfallverhütung.

Zum Schluß:

Freimath.

Passage-Panopticum.

Das

Riesen-Kind

mit den

24

Fingern.

Nur noch kurze Zeit.

Circus Renz

Carlstrasse.

Sonnabend, den 16. Februar,

abends 7 1/2 Uhr: Gr. Extra-Vorstellung

zum Benefiz für den beliebten Clown

und „August“ Mr. Lavater Lee.

Zum ersten Male:

Großes Amateur-Springen

zwischen dem Benefizianten und einer

Anzahl Dilettanten.

Zum ersten Male: Der Benefiziant

als Miss Florida zu Pferde. Der

Benefiziant in seinen neuen komischen

Entree's. — Erstes Auftreten der

Original Millons, gen. „Die lebenden

Skaten“ — Sechs Trakolner Rapp-

hengste, vorgeführt von Herrn Robert

Renz. — Konkurrenzschule, gen. v. d.

Damen Fr. Wally Renz und Frau

Renz-Stark. — Auftreten der hervor-

ragendsten Künstlerpezialitäten.

Tjo Ni En.

(Beim Jahreswechsel in Peking.)

Neue Musik-Einlagen.

Ausstellung einer Flasche mit Geld

im Boden des Herrn Louis Kraft,

Friedrichstraße 116 (am Oranien-

bürger Chor).

Morgen Sonntag: 2 Vorstellungen.

Um 4 Uhr nachmittags: Große

humoristische Vorstellung (ermäßigte

Preise) Die lustigen Heidelberger,

abends 7 1/2 Uhr: Auserordentl. Vor-

stellung. Tjo Ni En.

Fr. Renz, Kommissionsrath.

Die 30 000 Dollar-Uhr,

mit dem

Oberammergauer Festspiele

Zugfrüch d. Weltausstellung in Chicago.

Dieselbst mit 6 ersten Preisen gekrönt.

Ausgestellt in der „Passage“.

Entree 25 Pf. 360M

Milchgeschäfts-Isenstien und

Jordan, kleine Markstr. 28.

Kaufmann's

Variété.

Enormer Erfolg

des neuen Februar-Programms.

Naucke

das Stadtgespräch Berlins,

macht noch ausverkaufte

Häuser.

Naucke muss man sehen!

Naucke's Schatten

ist schwerer als

Sarah Bernhard.

Naucke's

Ballhaus-Anna

ist der Höhepunkt des Ulks.

Sonntag, den 17. Februar 1895,

Mittags 12 Uhr:

Gr. Wohlthätigkeits-Matinée

für die Hinterbliebenen

der verunglückten Schiffsmann-

schaften des untergegangenen

Schnelldampfers „Elbe“

Fern-Valast

Burgstr. 22, neben der Börse.

Riesen-

Februar-Programm.

Ein Liebes-Drama,

oder:

Der Brand auf der Taubenburg.

Das unruhige Haus

am Mitternacht.

Max und Moritz

Gabenreize.

Die

Wunder-Elephanten.

James Capelli.

Miss Tanisan.

Wilhelm Fröbel.

Mary Myra Maa.

Anita & Jul. Schaffeur.

Truppe Largards etc.

Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr.

Sonntag: Konzert 6 Uhr,

Vorstellung 7 Uhr.

Orchestron-Konzert

Weinbergweg 110. 26895

Urania

Anstalt für volksthümliche

Naturkunde.

Am Landes-Ausstellungspark

(Lehrter Bahnhof).

Geöffnet von 5-10 Uhr.

Täglich Vorstellung im wissenschaft-

lichen Theater.

Näheres die Anschlagzettel.

Unter den Linden 21.

Ben. Jeden Sonntag

Nachmittag

Familienvorstlg.

zu hal. Preisen.

Zauber und Bey's

Wunder.

Täglich Anfang 1/8 Uhr.

Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen!

Die Tiefen des dunkeln Erdheils:

Die Dinka,

40 Männer, Frauen u. Kinder.

Das schockige Mädchen Marietta.

Weihnachts-Ausstellung

Georg Wagner

Uhrmacher,

Oranienstr. 65, 1 Tr.

Bitte auf die Hausnummer

zu achten.

Ihren u. Goldwaaren in solider

Ausführung zu den billigsten Preisen.

Massiv goldene Trauringe, gefachelt

gestempelt: 1 Dufaten 10, 2 Duf.

15, 2 Duf. 20 M. Star. von

4 M. an. 5735L*

Reparaturen

an Uhren u. Goldwaaren solid u. billig

Wohnungen, 1-3 Stuben von 7 bis

30 M. monatlich, sofort od. 1. April

Dennigsdorferstr. 26. 16838*

Arbeitsmarkt.

Schirm-Näherinnen

auf garnirte Schirme und bessere

Entoucas verlangt b. dauernder

Beschäftigung n. gut. Arbeitslohn

Leo Wolff, Inh. D. Bergmann,

Niederwallstr. 35/36. 26761

Glaser

der mit Silber-Einrahmungen Weibsch

Verband der in Buchbindereien,
der Papier- und Leder-galanteriewaaren-Industrie beschäft.
Arbeiter u. Arbeiterinnen (Mitgliedschaft Berlin).

Montag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Deigmüller,
Alte Jakobstrasse No. 48 a:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)
2. Mitgliedschaftsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 76/15

Kontobuchhalter und -Arbeiterinnen!

Sonntag, den 17. Februar, vorm. 10 Uhr, bei Wienecke,
Alte Jakobstrasse 83:

Große Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Paul Jahn über: „Kleinhandwerk und Groß-
Industrie.“ 2. Bericht und Neuwahl des Vertrauensmannes. 3. Verschiedenes.
Angelegenheiten.

Die Kollegen von J. Rosenthal, Heuer, Klemm und Richter
sind besonders dazu eingeladen.
Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vertrauensmann. 76/14

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter. Achtung!

Montag, den 18. Februar, abends 8 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

in Keller's Festsälen, Koppenstraße 29.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Paul Jahn: „Die
Gewerkschaftsbewegung und die Kunstgewerbliche.“ 2. Die Situation
des Streiks bei Görs u. Kallmann. 3. Verschiedenes. 204/4
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller in der Musik-
Instrumenten-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wird ersucht.
Sendungen und Mitteilungen sind zu richten an A. Kleinlein, Naunyn-
straße 78, Restaurant Böker. Die Lohnkommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Bezirks-Versammlungen.

Westen und Südwesten.

Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale von
Zubell, Lindenstraße 106.

Tagesordnung: Vortrag über: Die Umwälzung in der Produktion
und in den Eigentumsverhältnissen. Referent: Th. Glocke.

Südosten.

Montag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn
Hoffmann, Oranienstraße 180. 202/12

Tagesordnung: Vortrag. Diskussion. Verbandsangelegenheiten.

Neue Mitgl. jeder werden aufgenommen.

Um zahlreiches Besuch bittet Die Ortsverwaltung.

Achtung, Rixdorf!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 1 Uhr,
im Lokale des Herrn Kummer, Berlinerstrasse No. 136:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann über: „Der Kampf ums Dasein.“
2. Diskussion. 3. Berichterstattung der Statutenberathungs-Kommission.
4. Wahl eines Delegierten zum Verbandstag. — Mitgliedsbuch legitimiert. —
Pflicht eines jeden Mitgliedes ist, diese Versammlung zu besuchen.
202/11 Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Fachverein der Holz- und Bretterträger
Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr,
Schönleinsstraße 6 bei Kraak:

Mitglieder-Versammlung.

Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand. W. Kuhn.
Mitgliederbilletts zum Rasenball werden ausgegeben. 146/11

Achtung! Achtung!

Allgemeine Orts-Krankenkasse
gewerbl. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Sonntag, den 17. Februar, Vormittags 9 1/2 Uhr:

Grosse Versammlung

im Feen-Palast, Burgstraße 22.

Tages-Ordnung: 1. Die freie Arztwahl in ihrer jetzigen Form und
im Jahre 1894. 2. Bericht beider Kommissionen und Neuwahl derselben.
3. Verschiedenes. 266/5

Der Vorstand vom Verein Berliner Hausärzte ist per
Einschreib-Brief eingeladen.

Die Kommission. J. A.: Fr. Raasch.

Achtung! Maurer! Achtung!

Sonntag, den 17. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr:

Große öffentliche Maurer-Versammlung

im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstrasse 87.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum 9. deutschen Maurer-Kongress event. Wahl
der Delegierten zu demselben. 2. Gewerkschaftliches.
NB. Kollegen! Euer Erscheinen ist dringend notwendig, da der in der
am 3. Februar stattgefundenen Versammlung angeblich gefasste Beschluss für
die Berliner Maurer nicht maßgebend sein kann, da die Abstimmung vom
Bureau in unverantwortlicher Weise gehandhabt und nach unserer Meinung
die Majorität gegen diesen Antrag war.

Die Vertrauensmänner.

A. Vogel. C. Panser.

Achtung!! Vereinshaus, Schönhauser Allee 28.

Saal zu Festlichkeiten u. Versammlungen. Dekoration.
Einige Sonntage im März noch frei. Max Mörschel.

Todesanzeige.

Am 18. Februar um 10 1/2 Uhr starb
nach langem, schwerem Leiden meine
liebe Frau und unsere gute Mutter
Emma Göpfert geb. Jhle.

Die Beerdigung findet am Sonntag
Vormittags 9 Uhr vom Trauerhause,
Michaeliskirchplatz 8, nach dem Neuen
St. Thomas-Kirchhof statt. 266/5

Die Hinterbliebenen
Ed. Göpfert nebst Töchtern.

Zentral-Krank- u. Begräbnis-
kasse der Sattler u. Berufsg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser früheres Mitglied L. Witthuhn
am 11. d. M. verstorben ist. Die Be-
erdigung hat bereits am 14. d. M. statt-
gefunden. Der Ortsvorstand.

Köpenick.

Berwandten, Freunden und Be-
kannten für die herzliche Theilnahme
und den reichen Kranzpenden bei der
Beerdigung unserer uns unvergesslichen
Tochter

Elise

unseren innigsten Dank.
Familie Schiller.

Nachruf!

Am 14. d. M., vormittags 10 Uhr,
wurde unser Chef

Sigmund Kohn

vom plötzlichen Tode ereilt.

In denselben verlieren wir einen
warmherzigen, edlen und guten Chef.
Gleichzeitig verliert die moderne Ar-
beiterbewegung in ihm einen warmen
Freund. 207/5

Ehre seinem Andenken!
Das Personal der Stockfabrik Kohn.

Orts-Krankenkasse

für das Buchdruck-Gewerbe
zu Berlin.

Sonntag, den 17. März 1895, vor-
mittags 10 1/2 Uhr, im „Luisenstädt.
Konzerthaus“, Alte Jakobstr. 87:

Ordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Rechnungslegung pro 1894 durch
den Rentanten.
2. Bericht d. Rechnungs-Ausschusses
bezw. Decharge-Ertheilung.
3. Mitteilungen in bezug auf die
Kassenverhältnisse.
4. Etwaige Anträge von Mitgliedern
der Generalversammlung. (Solche
sind bis 6. März cr. an den Vor-
stand einzureichen.)

Gleichzeitig bringen wir zur Kenntniss
der Theilnehmenden, daß nach dem jetzt
genehmigten zweiten Nachtrag zum
Kassenstatut im § 62 desselben an Stelle
der eingegangenen „Neuen Union“ der
„Vorwärts“, Berliner Volksblatt“ ge-
treten ist. 266/4b

Berlin, 14. Februar 1895.

Der Vorstand.

Hugo Bontock, Paul Magnan,
Vorsitzender, Rentant.

Knopfarbeiter

und -Arbeiterinnen.

Die zu Montag, den 11. d. M. von
der Polizei inhibirte öffentliche Versam-
lung bei Wiedemann, findet am Son-
ntag, den 17. d. M., vorm. 10 Uhr, bei
Wilke, Andreasstr. 26, bestimmt
statt. Um zahlreiches Erscheinen bittet
168/5 Der Einberufer.

Achtung, Rixdorf!

Freie Vereinigung der
Bau- und gewerblichen
Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 17. Februar, im Vereins-
lokal Schüß, Prinz Handjerystr. 7:

Regelmäßige 96/3

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Protokollverlesung. 2. Vereins-An-
gelegenheiten. 3. Verschiedene Anträge.

Generalversammlung

der Vertreter für die Mitglieder
der Orts-Krankenkasse
der Gelbgießer

am Sonntag, den 24. Februar cr.,
vormittags 10 1/2 Uhr, im Saale
d. Herrn Stegemann, Melchior-
straße 15, wozu die Vertreter der Ar-
beitnehmer hiermit eingeladen sind.

Tagesordnung: 1. Vorlage und Ab-
nahme der Jahresrechnung pro 1894.
Bericht des Rechnungs-Ausschusses.
2. Verschiedenes.
Berlin, den 15. Februar 1895.
267/5 Der Vorstand.

Obst- und Gemüse-, Mehl- und
Yorkhahngeschäft mit Rolle (sof. ver-
käuflich). Näheres Maßlengardero.
267/4b Grüner Weg 19.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW., Beuthstraße 2.

Die Reichstagsdebatten der letzten Tage haben die
allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf die im Seewesen
herrschenden Uebelstände gelenkt. Wir empfehlen daher die in
unserem Verlage erschienene Broschüre:

Seemanns Leben und Leiden.

Preis 40 Pf. Porto 5 Pf.

In zwölf Kapiteln behandelt der Verfasser an der Hand
authentischer Vorkommnisse die raffinierte Ausbeutung menschlicher
Arbeitskraft, wie sie in keinem anderen kapitalistischen Betriebe
zu konstatiren ist und zeigt, wie gewissenlos mit Leben, Ehre und
Gesundheit der Seeleute auf „unseren“ Schiffen umgegangen wird.

In gleichem Maße beschäftigt die weitesten Kreise die im
Reichstage erörterte Frage des „allgemeinen Wahlrechts“ und
des „Frauenstimmrechts“. Grundsätzlich, historisch und agitatorisch
ist diese Frage in der soeben in unserem Verlage erschienenen
Schrift:

Die Sozialdemokratie

und das

Allgemeine Stimmrecht.

Mit besonderer Berücksichtigung des
Frauenstimmrechts und Proportionalwahlsystems
Von A. Bebel.

Preis 20 Pf. Porto 5 Pf.

behandelt. In knapper Darstellung schildert der Verfasser Ent-
wicklung und Ausgange der Kämpfe um Verfassung und Wahl-
recht in den verschiedenen deutschen Einzelstaaten, behandelt ein-
gehend das preussische Dreiklassen-Wahlrecht und dessen jüngste
Verschlechterung, sowie die Stellung der verschiedenen Parteien
zum allgemeinen Stimmrecht. 285/5

Achtung! Dekateure! Achtung!

Sonntag, den 17. Februar, Vormittags 10 Uhr,
bei Feind, Weinstraße 11:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann über: „Das moderne Handwerker-
thum.“ 2. Diskussion. 3. Wahl des Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission.
4. Verschiedenes. — Da die Versammlung pünktlich eröffnet werden muß,
ersucht um zahlreiches und pünktliches Erscheinen 58/1

Der Einberufer.

Central-Verband Deutscher Brauer.

Provinz Brandenburg. Zweigverein Berlin.

Sonntag, den 17. Februar 1895:

Mitglieder-Versammlung

in den „Armin-Hallen“ (Garten-Saal), Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung:

1. Vorbesprechung und Anträge zum Delegierten-Tage. 2. Besprechung
über rückständige Verbands-Mitgliederbeiträge. 3. Bericht des Vertrauens-
mannes. 4. Verschiedenes. 266/7b

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Achtung!

Alle freien Hilfskassen des Verbandes, Hamburg.

Am Sonntag, den 17. Februar 1895, vormittags 10 Uhr, findet im
Saale Beuthstraße 22, 1 Tr., eine Versammlung aller Verwaltungsvorstände
der freien Hilfskassen Berlins und Umgegend, welche den Verband Hamburg
angehören, statt. Es wird ersucht, pünktlich zu erscheinen Tagesordnung
wird in der Versammlung bekannt gemacht. 234/9

Der Einberufer.

Verein der Maschinisten, Seizer und Berufsgenossen.

Am Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 3 Uhr, in den Oranien-
hallen, Oranienstraße 51 (am Morikplatz):

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Verschiedenes. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. — Gäste
willkommen. 195/14

Der Vorstand

Achtung! Parteigenossen.

Sonntag, den 17. Febr., in Keller's Fest-Sälen
Koppenstraße Nr. 29:

Große Matinée,

arrangirt von den Gesangsvereinen „Alpenglocke“, „Deutsche Eiche“,
„Frisch auf“, „Kornblume“, „Loreley“ und „Vorwärts III“
(M. d. A.-S.-V.), unter Leitung ihres Dirigenten

Herrn F. Patschan,

unter gütiger Mitwirkung des Jückerklubs „Freiheitsklänge“,

Dirigent: Herr F. Gotschalk,

und einem Solo-Corant-Quartett der „Freien Vereinigung der Civil-
Berufsmusiker“ unter Leitung des Dirigenten

Herrn Gartmann. 252/5

Eröffnung 11 Uhr.

Um recht zahlreichen Besuch bittet Die Kommission.

„Böhmisches Brauhaus“, Berlin N.O.

Mit dem Anstoß unseres gehaltreichen und wohlschmeckenden

BOCK-BIERES beginnen wir am

16. Februar cr.

in

Flaschen u. Gebinden.

Böhmisches Brauhaus.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhause.

21. Sitzung vom 15. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Koller und Kommissarien.
Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Staatshaushaltsetats für 1895/96 und zwar der Spezialetat des Ministeriums des Innern.
Die Einnahmen werden ohne Debatte bewilligt. Beim ersten Titel der Ausgaben, Gehalt des Ministers, schließt.

Abg. v. Jagdzowski (Polen) die Entstehung des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken, des sogenannten S. A. T. Vereins (nach den Gründern v. Jannemann, Kennemann und v. Tiedemann). An die Worte, die Fürst Bismarck aus Anlass einer Jubiläumsgedächtnisfeier von Einwohnern der Provinz Posen gesprochen hat, schloß sich die Gründung des Vereins, der seine Spitze gegen die Polen lehrt. Zu sonstigen deutschen Vereinen gebe es Korrelate; neben den deutschen landwirtschaftlichen Vereinen stehen polnische Vereine. Aber für diesen deutschen Verein gibt es kein Korrelat.

Minister des Innern v. Koller: Wenn die Herren behaupten, daß der Verein ganz Deutschland aufrufe zum Kampfe gegen das Polenthum und die Polen gewissermaßen boykottiren wolle, so gehen Sie über die Grenze einer richtigen Kritik hinaus und schildern die Sache entschieden zu schwarz. Die Frage des Abg. Wotke: Liegt es im Interesse der Allgemeinheit, daß in Zeiten äußerster Friedens Zwiespalt in ein Land geworfen wird? beantworte ich mit einem einfachen „Nein“. Der Verein hat aber auch in seinen sämtlichen Publikationen ausdrücklich hervorgehoben, daß er nicht ein Verein zur Bekämpfung oder Niederwerfung der Polen sei, sondern ein Verein zur Stärkung des Deutschthums in den Ostmarken. Die weitere Frage: Liegt es im Interesse des Ansehens der Staatsgewalt, daß königliche Beamte den Polen den Vernichtungskrieg erklären? beantworte ich ebenfalls mit einem runden „Nein“. Daß es liegt gar kein Zweifel vor. Durch das Vergehen jenes Vereins zur Förderung des Deutschthums ist es bisher noch keinem Polen unmöglich gemacht, seine Pflichten gegen den Staat zu erfüllen. Es existiren auch polnische Vereine der Art, und es sind neuerdings welche mit ähnlichen Tendenzen gegründet worden. Ich erinnere nur an den Josaphatverein. Die Polen haben den „Verband aller Polen Deutschlands“ auch nach Westfalen hineingelegt, während der Verein zur Gründung des Deutschthums nur in den Ostmarken wirkt. Herren aus Posen sind dahin gerichtet, um dem Verein zum Leben und weiteren Gedeihen zu verhelfen und diesen Versuch ist seitens der Staatsregierung nicht entgegengetreten. Das Deutschthum in den Ostmarken fördern muß jeder Deutsche, der in den Ostmarken wohnt, das fordert sein Nationalgefühl (Große Unruhe bei den Polen und im Zentrum. Lebhaftige Zustimmung rechts.) Wenn mir jemand deswegen, weil ich mein Deutschthum fördere, den Krieg ansagt und mir sagt, du bist nicht mehr fähig, Mitglied des Reichstages zu sein, so ist das ein offenes Vergehen, dem gegenüber die ernsteste Zurückweisung entschieden geboten ist. (Lebhafter Beifall rechts.) Es ist mir leid, daß ich das hier öffentlich aussprechen muß, aber es ist gut, wenn die Sache vom Regierungstische in der Weise klargestellt wird. Herr v. Jagdzowski will für den Frieden und die Eingeleit der Polen und Deutschen in den Ostprovinzen wirken. Das ist auch voll und ganz der Standpunkt der Regierung. Die beiden Nationen sollten lieber in heutiger Zeit thun, was sie vereint, als was sie entzweit. (Sehr richtig! rechts.) Vereinigen Sie sich zu gemeinsamer Arbeit in der Kreis- und Provinzialverwaltung zum Segen der Provinzen, in denen Sie einmal beide zusammen wohnen und zusammen wohnen müssen. (Beifall rechts.)

Abg. von Tiedemann-Bornitz (H.): Die Erklärung der Regierung wird in der Provinz Posen eine große Freude erregen; denn bisher hüllte sich die Regierung in Schweigen. Die Polen haben zahlreiche Vereine, die Deutschen kennen außer einigen Wahlvereinen, kaum den zehnten Theil und die deutschen Vereine sind meist Wahlvereine. Die deutschen Vereine verfolgen nur die offen angegebenen Ziele, alle polnischen Vereine aber treiben in erster Linie polnische Propaganda. Der Marcinowski-Verein ist anfänglich auch von Deutschen unterstützt worden, aber seit dem Kulturkampf hat das längst aufgehört. Der Verein läßt junge Leute ausbilden und scheidet sie dann an als Arzt, Rechtsanwalt, Handwerker etc., die dann als Agitatoren wirken. Bei polnischen Versammlungen wurden die Kaiserbüsten aus den Lokalen entfernt. (Hört! rechts.) Dann kamen die Koscziuszkofeiern, bei denen gesagt wurde: Ihr habt keinen König, deshalb tritt der Erzbischof an seine Stelle. Mit königlichen Ehren reist dieser, Herr v. Stabinski, mit Eskorte und Vorreiter durch die Provinz. (Lachen bei den Polen.) Das muß Mißfallen bei den Deutschen erregen.

Abg. v. Strombeck (H.) erklärt, daß das Zentrum nach wie vor im Interesse der Gerechtigkeit die religiösen Forderungen der Polen unterstützen werde.

Abg. v. Henckell u. d. Laas (konf.): Die Gründung des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken ist nicht lediglich auf die Worte des Fürsten Bismarck zurückzuführen, sondern auf die tiefe Unruhe und Verleumdung, die sich der deutschen Bevölkerung im Osten bemächtigt hatte infolge der Fortschritte der polnischen Bewegung, wodurch die nationale Existenz der Deutschen in Frage gestellt wurde.

Abg. Sattler (nll.) bedauert zunächst, daß in der Provinz Hannover die Landräthe immer mehr sich in das Parlament wohnen lassen, trotzdem sie doch als Lokalpolizei-Beamte lieber in ihrem Kreise bleiben sollten; sie verdrängen die praktischen Landwirthe und wenn sie dann aufgrund ihrer parlamentarischen Thätigkeit befördert oder versetzt werden, so leidet darunter die Verwaltung des Kreises.

Minister v. Koller: Daß die Landräthe die Landwirthe verdrängen, trifft nicht zu, denn Landwirthe verzichten zum Theil aus anderen Gründen auf die Wahl, namentlich wegen der schlechten Verhältnisse. Es liegt deshalb auch gar kein Grund vor, den Landräthen ihre staatsbürgerlichen Rechte zu beschränken. (Beifall rechts.)

Abg. v. Murn-Bromberg (H.) befürwortet den Ausbau der Kreisordnung in Posen. Warum ist das Bestehen des neuen deutschen Vereins ein Gegenstand so großer Beengungen bei den Polen. Daß und Unfriede besteht nicht; die Polen haben sich die guten Eigenschaften der Deutschen, namentlich Wirtschaftlichkeit und Idealismus angeeignet, daß man fast mit Neid darauf sehen muß. Aber sie sind noch nicht von Herzen Deutsche geworden. Ihre Erfolge danken sie nicht sich selbst, sondern der schwankenden Politik der Regierung. Sie streben danach, ihre Macht auszuweiten, damit wieder ein oligarchisches Kongresspolen entstehe.

Abg. Pfeil-Mühlheim (H.) weist darauf hin, daß mehrere Bürgermeister private Vorbesprechungen der Stadtverordneten als unter das Vereinsgesetz fallend betrachtet hätten; es sollen auch einige Stadtverordnete vom Schöffengericht wegen Hebelung des Vereinsgesetzes verurtheilt sein. Wenn das System sich ausdehnt, dann können auch die Fraktionsversammlungen unter das Vereinsgesetz gestellt werden. Sollten die Polizeibehörden weiter in dieser Weise vorgehen,

dann wäre das ein bedauerlicher Rückschritt, den hoffentlich der Minister nicht billigt.

Minister v. Koller: Nach dem § 21 des Vereinsgesetzes fallen die Fraktionsversammlungen nicht unter das Gesetz. Der Vergleich damit ist also unzutreffend. Die Stadtverordneten-Versammlungen als solche bedürfen einer Anmeldung nicht; wenn aber ein dazu nicht Befugter eine Versammlung von Stadtverordneten beruft, so muß eine Anmeldung erfolgen, sofern öffentliche Angelegenheiten behandelt werden sollen.

Abg. Bueck (nll.) fragt nach dem Schicksal des schon so oft in Aussicht gestellten Reichsversicherungs-Gesetzes, dessen baldige Schaffung die Regierung eifrig betreiben sollte. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß der Mangel eines Reichs-Vericherungsgesetzes von Breiten schwer empfunden wird. Das Reichsamt des Innern hat erst kürzlich wieder erklärt, daß die Arbeiten im Gange seien; der Zeitpunkt, zu welchem die Vorlage gemacht werden kann, läßt sich noch nicht feststellen. Um 4 1/2 Uhr wird die weitere Debatte bis Sonntag 11 Uhr vertagt.

Gewerkschaftliches.

Ande Färber, Appreteure, Delateure, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen! Der neu gewählte Vorstand richtet an die Mitglieder der Organisation die dringende Bitte, fleißiger wie bisher die Versammlungen zu besuchen. Eine Mahnung, die um so eher berechtigt erscheint, als die Verhältnisse in unserem Beruf immer untragbarer werden. Die Löhne sind außerordentlich niedrig, dabei die Behandlung unwürdig, die wir von den Meistern zu tragen haben. In den Arbeitsräumen ist oft genug nicht einmal ein trockener Raum vorhanden, in dem das Mittagbrot oder Frühstück eingenommen werden kann. Kollegen! Sind wir organisiert, dann können wir gegen derartige Zustände Front machen. Deshalb schließt Euch unserer Vereinigung an. — Beiträge werden entgegengenommen bei Bindig, Gölzingerstr. 69/70, und bei Rosenzweig, Curysstr. 44.

Die Schneider der Firma Moy in Pilsen dürfen in den nächsten Tagen wegen Lohnunterschieden in den Streik eintreten. Inzug ist deshalb fernzuhalten.

Ueber die Lohnreduzierung in der Brünner Emaille-Industrie schreibt man der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ aus Brunn: Zu den unverschämtesten Ausbeutern am Brünner Werke zählen die Emailleindustriellen. In der letzten Zeit haben sie wiederholt die Schandlöhne der Arbeiter reduziert. Daß ein solcher Vorgang zur Vernichtung der Arbeiter nicht beiträgt, ist selbstverständlich. Die so niederträchtig Behandelten fangen nun an, sich zu empören und wollen nächstens in einer Protest-Versammlung zu der Reduzierung der Löhne Stellung nehmen.

Der Verband deutscher Berg- und Hüttenarbeiter vereinigte im Monat Januar 1143,83 M. Die Einnahme der Druckerei betrug 361,51 M. und des Buchhandels 63,50 M. Die Unterhaltungskasse rheinisch-westfälischer Bergleute hatte eine Einnahme von 46,40 M., während für die ausgesparten Bergleute in Oberhessen 89,71 M. gesammelt wurden. Die diversen Einnahmen betrugen 288 M.

Abrechnung der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands für die Zeit vom 1. März 1892 bis 31. Dezember 1894:

	Einnahme:	M.
An Kassenvortrag am 1. März 1892	8 789,88	
Quartalsbeiträge	47 411,54	
Von Vereinen und Privaten	1 086,93	
An Broschüren:		
a) Zur Organisationsfrage	712,78	
b) Protokolle des Halberstädter Kongresses	1 021,16	
c) Anleitung zum Vereins- und Versammlungsrecht	1 462,57	
Maisons-Reste	258,50	
Zur Deckung des Defizits	8 022,15	
Abonnement auf das „Correspondenzblatt“	155,17	
Zinsen des Giro-Kontos	222,05	
Diverse Einnahmen (zurückgezahlte Darlehen etc.)	3 790,—	
	72 882,26	
	M. 72 882,26	
	Ausgabe:	M.
Agitation	15 801,72	
Immalkosten	25,35	
Drucksachen	11 686,65	
Porto und Postgebühren	3 038,04	
Gehalt des Vorstehenden	5 230,—	
Bekleidung des Vorstehenden	492,—	
Entschädigung und Auslagen für den Kassirer Danmann	313,85	
Unkosten des Halberstädter Kongresses	771,05	
Delegation auf Generalversammlungen und Kongressen	1 875,70	
Sitzungen der Kommission	553,85	
Zurückgezahlte Beiträge	5,10	
Darlehen	11 780,—	
Verwaltungskosten (Miethe, Heizung etc.)	1 282,74	
Bücher und Schreibmaterial	210,75	
Diverse Ausgaben (Uebersetzungen, Expeditionen von Flugblättern und „Correspondenzblatt“ etc.)	1 459,65	
Kassenvortrag für 1895	18 450,41	
	72 882,26	
	M. 72 882,26	

	Bilanz.	M.
Kassenbestand am 1. März 1892	8 789,88	
Einnahme	64 142,88	
	72 882,26	
Ausgabe	54 425,65	
Kassenbestand am 31. Dezember 1894	18 456,61	
Stand des Darlehens am 1. März 1892	81 950,—	
Zurückgezahlte	11 730,—	
Stand des Darlehens am 31. Dezember 1894	70 220,—	

Die Generalcommission hatte es nicht für nöthig erachtet, und ein Exemplar ihres „Geschäftsberichts“ ausstellen, was wir hiermit ausdrücklich konstatiren wollen. Red. d. „Vorwärts“.

Versammlungen.

Der Verband deutscher Zimmerleute beschäftigte sich in seiner Sitzung am 6. Februar mit den Anträgen zum Verbandstag. Sodann wurde dem Genossen Max Leonhard das Amt als Delegirter übertragen. Die Versammlungen sollen vom 1. April ab an den Sonntagen abgehalten werden. In der weiteren Besprechung wurde von mehreren Rednern an dem Pauschirer ein herber Kritik geübt. Ueber ein Vorunternehmen giebt ein Redner folgende Darstellung: Ein Bauunternehmer hatte mit seinen Leuten vereinbart, wenn die Balken liegen, giebt es Geld. Als der Bau gerichtet war, und nun die Arbeiter ihr Geld verlangten, wurde ihnen die Antwort zu Theil: Wer sein eigenes Geld haben will, bekommt Geld.

abend; wer etwas vom Lohn stehen läßt, kann weiter arbeiten. Auf diese Art hatte der gewissenlose Unternehmer seinen Bau hochgebracht.

Die Lichtdrucker Berlin hatten am 11. d. M. eine öffentliche Versammlung. In derselben erstattete zunächst Schöpke namens der Kommission, welche von der im Dezember v. J. stattgehabten öffentlichen Lichtdrucker-Versammlung beauftragt worden war: die Klagen und Mißstände über die Firma Neumann u. Co. zu untersuchen. Bericht. Dem Eingreifen der Kommission ist es gelungen, in den Verhältnissen bei Neumann u. Co. vieles zu bessern. Den dortigen Kollegen, die leider nicht in der Versammlung anwesend waren, wurde nahegelegt, dafür Sorge zu tragen, daß es in der Werkstatt nicht wieder rückwärts gehe. Die Kommission hat auch den „Fall Klaus“ streng untersucht und ist zu der Uebersicht gekommen, daß die gegen Klaus erhobenen Vorwürfe durchaus haltlos sind und folgerte Schöpke hieraus, daß man hübsch vorsichtig bei derartigen Anschuldigungen zu sein habe. Hieran schloß sich in einem Vortrage die Frage: „Lohn oder Alfordarbeit?“, in demselben die Schädlichkeit der Alfordarbeit vor Augen führend. Im Lichtdruck (Handpresse) ist die Alfordarbeit die fast allgemeine. Wenn es zur Zeit, so meinte der Vortragende, durch die Organisation auch noch nicht möglich sei, die Alfordarbeit zu beseitigen, so sei es doch möglich, einer Verschlechterung der Verhältnisse durch die Maschine vorzubeugen. Pflicht aller Berliner Lichtdrucker sei es zu diesem Zwecke, Mann für Mann der Organisation beizutreten. Leider werde diese Nothwendigkeit noch nicht im vollen Maße erkannt, insbesondere nicht von den bei der Firma Gerdorf und Schall beschäftigten Kollegen, die besonders zu der Versammlung eingeladen und auch vollständig erschienen waren. An den Vortrag knüpfte sich ein anregender Meinungsaustausch über Lohn- und Alfordarbeit. Wie hierbei mitgetheilt wurde, hat die Lichtdruckbranche ihre Blüthezeit längst überschritten und geht immer mehr zurück. Die Behelungsindustrie wird bereits im großen Betriebe, die Arbeitslosigkeit werde immer größer und die Löhne werden immer mehr gedrückt. Maschinenmeister mit 80 M. Wochenverdienst zählen heute schon zu den Gutgestellten, da Maschinenmeister mit 15 M. Wochenlohn stehen müssen. Die Maschinenmeister arbeiten heute noch in Lohn, doch soll die Absicht bestehen, auch die Maschinenmeister gleich den Handpressendruckern in Stück arbeiten zu lassen. Dem Lichtdrucker würde überhaupt das Prognostische gestellt, daß er gänzlich von der Bildfläche verschwinden und durch andere Erfindungen ersetzt werden würde. Es gelte daher, die Zeit auszunutzen zur möglichen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Die Versammlung beschloß, daß sie die Alfordarbeit aufs schärfste verurtheilt, sich im Prinzip für Lohnarbeit erklärt und es für Pflicht aller Kollegen erachtet, sich dem Verein der Lithographen, Stein- und Buchdruckereigenen Deutschlands anzuschließen, um die Einführung der Lohnarbeit zu ermöglichen. Gleichzeitig werden die Kollegen in der Provinz aufgefordert, sich zu organisiren, um ebenfalls für die Lohnarbeit nachdrücklich eintreten zu können.

Ethische Gesellschaft. Sonntag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, finden zwei Versammlungen statt: In den Arminkallen, Kommandantenstr. 20, wird Herr Gutzeit aus Schillingen über „Verständigung des Menschen mit Jugend auf“ sprechen. Im Halberstädter Salon, Halberstädterstr. 23, spricht Herr G. H. H. über „Fortbildungsgedanken“. Nach den Vorträgen gemüthliche Belanunnen und Tanz.

Einigkeit der Holz- und Gerbervereine Berlins und Umgegend. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Schillingstr. 2, bei Kraus.

Vergnügungsgesellschaft. Sonntag 8 Uhr Gesellschaftsabend im Hotel „Hanselmann“, Hofstr. 44.

Herrn Berliner Schirmmacher. Sitzung, sowie Mittheilung zum Wochenlohn (welcher am 9. März in den Arminkallen, Kommandantenstr. 20, stattfinden) am Sonntag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal von Müllig, Neue Friedenstr. 44.

Einigkeit der Holz- und Gerbervereine Berlins und Umgegend. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Schillingstr. 2, bei Kraus.

Einigkeit der Holz- und Gerbervereine Berlins und Umgegend. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Schillingstr. 2, bei Kraus.

Einigkeit der Holz- und Gerbervereine Berlins und Umgegend. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Schillingstr. 2, bei Kraus.

Einigkeit der Holz- und Gerbervereine Berlins und Umgegend. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Schillingstr. 2, bei Kraus.

Einigkeit der Holz- und Gerbervereine Berlins und Umgegend. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Schillingstr. 2, bei Kraus.

Einigkeit der Holz- und Gerbervereine Berlins und Umgegend. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Schillingstr. 2, bei Kraus.

Einigkeit der Holz- und Gerbervereine Berlins und Umgegend. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Schillingstr. 2, bei Kraus.

Einigkeit der Holz- und Gerbervereine Berlins und Umgegend. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Schillingstr. 2, bei Kraus.

Einigkeit der Holz- und Gerbervereine Berlins und Umgegend. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Schillingstr. 2, bei Kraus.

Einigkeit der Holz- und Gerbervereine Berlins und Umgegend. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Schillingstr. 2, bei Kraus.

Einigkeit der Holz- und Gerbervereine Berlins und Umgegend. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Schillingstr. 2, bei Kraus.

Einigkeit der Holz- und Gerbervereine Berlins und Umgegend. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Schillingstr. 2, bei Kraus.

Achtung! Charlottenburg. Achtung!

Große öffentliche
Kommunalwähler-Versammlung
am Sonntag, 17. Februar, nachm. 2 Uhr,
in Triefetan's Salon, Sophie-Charlottenstraße 94.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Stichwahl. Referent: Stadt. Th. Metzner
aus Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Abtheilungsführer.

Oranien-Bad, Oranienstraße 44,
zw. Moritz- u. Oranienplatz.
Bäder-Besitzer für sämtliche Krankheitsarten Berlin u. Umgegend.
Dampfbäder, Packung in seidene Laken. Massage. Vereins-
mitglieder zahlen nur 75 Pfg. pro Bad mit Packung u. Massage.
Wannenbäder. 8 Bäder mit Seife u. Handtücher 1 Mk.
Außerdem: Sool-, Schwefel-, Sitzbäder. Neu eingerichtete
Abtheilung: Güsse, Wickel etc. System Kneipp.

Bürgerliches Branhaus
Luckenwalde
empfiehlt den geehrten Herren Wirthen:
hochfeines Bockbier,
feinstes Lager- und Versandbier.
Niederlage: **G. Spieckermann**, Kraut-Strasse 48.
Fernsprecher: Amt VII No. 1497. 1640L*

Brauerei Oswald Berliner.
Der Ausstoss meines diesjährigen vorzüglich gerathenen
Bock-Bieres
beginnt am Sonnabend, den 16. Februar 1895, und
nimmt der Versand in Gebinden und Flaschen an diesem Tage
seinen Anfang.
Gefällige Bestellungen bitte ich direkt an die Brauerei zu
richten.
Hochachtung
Oswald Berliner
Berlin N., Brunnen-Strasse 141-143.
Amt III No. 681.

Fritz Bock, Schneidermeister, Oranienstr. 204.
Herren- u. Knabengarderobe,
fertig und nach Maß. — Garantie für tadellosen Sitz.
Große Auswahl in deutschen und englischen Stoffen.
Bestellungen in kürzester Zeit. — Billigste, feste Preise.

Jede Uhr
zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur
1 Mk. 50 Pfg. (außer Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Großes Lager
neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 Mk. an. Neue Silberne
Cylinder-Remontoirs, 6 Steine, von 12 Mk. an, do. 10 Steine, von 16 Mk. an,
goldene Damen-Remontoirs, 14-Karat Gold v. 24 Mk. an. Gold- und Silber-
waren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen
E. Rothert & Stolz, Geschäft: Andreasstr. 62.
5466L* Uhrmacher. Chausseestr. 78

Wichtig für Jedermann!
Gegen wolkige Lumpen aller Art liefern moderne, haltbare Kleider,
Interrock- und Fäustelstoffe, Schlafdecken, Teppiche, sowie Fuchskin,
blau Cheviot und Foden anerkannt billig. — Muster frei.
Gebrüder Cohn, Ballenstedt a. Harz 7.
Sammelecke und Musterlager in Berlin: NW., Fiedlerstr. 36 v. 1.
bei Frau S. Jablonsky, sowie in deren Filialen: U., Girtelstr. 21 und
Frenzlauerstraße 18, bei E. Baum; N., Honskirch-Platz 3 bei
A. Gorbler. 1463L*

Alle soliden Herren:
tuche, Cheviot, Kammergarn u. s. w. von den einfachsten bis zu den feinsten,
liefert zu Fabrikpreisen die Aachener Tuch-Industrie, Aachen, Franz-
straße. Reichhaltige, gediegene Musterauswahl kostenlos an jedermann!
Spezialität: **Monopol-Cheviot**, 3- u. 4-fach, blau od. braun,
zu einem soliden, mo- **jeht Mart!** Direkter Bezug vom Fabrikort Aachen,
daher billig! für **Weltbekannt** durch seine guten, realen
Tuch v. 0.70! Ohne Konkurrenz!
Künstl. Zähne 2 Mk. Vollst. schmerz. Zahnziehen 1 Mk. Plomben 1.50 Mk. Reparatur
sofort. Theilzahlung. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. 2611b

Berliner Bock-Brauerei, Aktien-Gesellschaft,
Berlin SW., Tempelhofer Berg.
57. Bock-Bier-Saison 1895.
Eröffnung am
Sonnabend, den 16. Februar 1895.
Wir offeriren unser weltberühmtes
Original-Bockbier
in Korkflaschen mit Staniol-Kapseln 20 Flaschen für 3 Mark (nur echt mit zwei in die Flasche eingeblasenen Böcken).
in Gebinden 1/2 To. 4.50 Mark, 1/4 To. 9 Mark.
Versand nach ausserhalb. Bestellungen werden direct erbeten!
Berliner Bock-Brauerei, Aktien-Gesellschaft.
Telephon-Amt VI No. 3019. 1608L*

Brauerei Müggelschloßchen

Friedrichshagen

empfiehlt **Helles Versandbier,**
Friedrichsbräu (nach Münchener Art gebraut).
Specialität: **Bock Ale.**
Fernsprecher: Amt Friedrichshagen 4. Comtoir in Berlin O., Frankfurter Allee 62.
Kein Flaschenbier - Geschäft.

Im Circus.



In
Roh-
Tabaken
und **Utensilien** für
Cigarren-Fabrikanten
!! billigster
Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Alexanderstr. 22.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung
nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Achtung! Kein Laden.
Gentrol-Schulmarke.
Nur eigene Fabrikation, 25 Cigarren
1 Mark. Garantie rein amerikanische
Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 70 Pfg.
S. F. Pinolage,
Kottbusstr. 4. Hof part. 1463L*

Achtung! Kaufen Sie nur echte Brautweine,
alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak.
O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26.
Kleinverkauf von 10 Pf. ab.

Meyer's Lexikon,
Brockhaus, Brehm's Thierleben, Bücher
und Bibliotheken kauft
Hannemann, Kochstr. 56.

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuh-
fabrik von W. Hitzschke, gegründet 1872,
Skaligerstr. 13, Ecke Admiralstraße,
am Kottbuscher Thor 18872*

Stempel- u.
Abziehen - Fabrik.

Gelegenheitskauf
für Brautleute: Im Möbelspeicher
Neue Königsstr. 59, vorn L., sollen über
100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze
Zeit vertrieben gewesene u. neue Möbel
spottbillig verkauft werden. Ganze
Einrichtungen 100, 150, 200—1000 Mk.
Theilzahlung gestattet. Beamten ohne
Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchen-
spinden, Kommoden 12, Sophas 15 Mk.,
Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen
18, Ausbaum-Kleiderspinden 30, Stühle
3 Mark, hochseine Muschelspinden
40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-
schreibtische, Damenschreibtische 30,
Cylinderschreibtische, Schreibsekretäre 15
Mark, Garderobenspinden, Panee-
l-sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 Mk.,
Betten, Couchs, alles spott-
billig. Auch einzelne Gegenstände
werden zu Einzelpreisen verkauft.
Empfehle allen Herrschaften, mein
größtes Möbellager Berlin zu be-
sichtigen u. sich von den raumend billigen
Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel
sollen bis April kostenfrei stehen
bleiben und werden durch eigene Ge-
spanne transportirt und aufgestellt.

Jede Uhr
repariren u. reinigen kostet
bei mir unter Garantie des
Gutgehens nur 1.50 Mk.,
außer Bruch. Kleine Re-
paraturen billiger. Großes
Lager neuer u. gebrauchter
Taschenuhren, Regulatoren u. Wecker etc.
Alle Arten Ketten, sowie Brillen und
Pincenez. 1899L*
Carl Lux, 34. Chausseestr. 34.
Bitte genau auf No. 34 zu achten.

Geschäfts-Verlegung.
Am 15. Februar ex. verlege ich mein
Möbel-Geschäft
von Köpenickerstr. 25 nach
SW. Blücher-Strasse 14.
1896L* **Franz Tutzauer.**

Vier Mark kosten 2 Kabinett-
und 12 Bildbilder
bei **Böhme**, Fiedlerstr. 43,
gegenüber der Zimmerstraße.

Wohnbaumöbel.
Verkaufe sofort meine vollständige
Wohnzimmer- u. Schlafzimmer-Einricht.
auch einzeln, spottbillig. (Brautleuten
empfehlenswerth) Landwehrstr. 5/6, L.

Achtung!
Jahresan, auch Theilzahl, wöchentl.
1 Mark, Gudel, Kaiserplatz 2,
Erfasserstr. 12.

Schankgeschäft zu kaufen gef. bei
1000 Mk. Anzahlung. Näh. Annoncen-
Expedit. Skaligerstr. 54a. 26725

Masken verleiht billig
Ferdinand Henke,
Dennewitz-Strasse 1.

Alle Uhren 5462L*
werden sauber und sorgfältig reparirt
unter Garantie des Gutgehens für
1.50 Mark (außer Bruch) bei
W. Winkler,
Berlin N., Kleinandorferstr. 2 g,
gegenüber der Dankes-Straße.
Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

Ausverkauf
v. Möbeln, Spiegeln u. Polster-
waren wegen Aufgabe des Laden-
geschäfts zu herabgesetzten Preisen
von
Julius Apelt,
Sebastianstr. 20.

Eine fast neue Mahagoni-Wirtschaft
ist billig zu verkaufen. (Händler aus-
geschlossen) **H. Wankenburg**, Saar-
brückerstr. 11, v. 3 Tr. 2636b
Wohnungen, kleine, freundl., sofort
oder später Grünauerstr. 25. 2551b
Friedrichstr. 13 bill. Wohnungen 1
und 3 Tr. 2646b

Ein **Verzinszimmer** mit Piano zu
vergeben Händelsdorferstr. 89. 2668b
Empfehle allen Freunden und Be-
kannten meine neu eröffneten 2662b*

Restaurationsräume
sowie Vereinszimmer mit Piano.
F. Dräger, Skaligerstr. 140.

Richard Schiele's 2661b*
Concordia - Garten,
(Zum Wasserwerk) **Lichtenberg**,
Landberger Chaussee 1. (Verbind. v. d.
Petersburgerstr.) Jed. Sonntag: Gr. Ball
u. 1.ter Leistung d. Tanzl. Ost. Richter.
Empf. m. Saal, ca. 600 Pers. fassl., für
Vereine, Festlichkeiten u. Versammlung.

Carl Tutzauer
Admiralstr. 38.
Säle für Vereine.
Kegelbahn
noch einige Tage frei.

Mart. Berndt's Würfelstube
empfiehlt nach wie vor allen Freunden
und Bekannten seinen vorzüglichen
Frühstücks-, Mittags- und Abendisch.
Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab:
ff. Eisbeine. Für gute Biere ist selbst-
verständlich bestens Sorge getragen. Um
zahlreichen Besuch bittet **Martin Berndt**,
Oranien- u. Alexandrinenstraßen-Ecke.

Restaurations-Grönnung!
Allen Genossen u. Freunden empfehle
mein **Weiß- u. Gairischbier-Sokal**
in Schöneberg, Gustav Freytagstr. 4,
an der Ringbahn. **H. Labs**. 2490b
Festliche Oranienstr. 180.
Sonnabende und Sonntage zu Ver-
sammlungen und Tanz frei. 2546b

Fest-Saal mit
Bühne
Brunnenstr. 188
(500 Personen) zu Versammlungen
und Festlichkeiten noch einige Tage frei.
W. Gröndel.

Oswald Grauer
121, Oranienstr. 121.
Zimmer für Vereine mit Piano,
40—80 Personen fassend.
Kegelbahn.